



31a

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 5/6

Mai/Juni 1971

Grafik des Monats: Landtagswahl 1971

Aufsätze: Sicherheit der Bundesstraßen
Landtagswahl 1971
Soziale Herkunft der Schüler

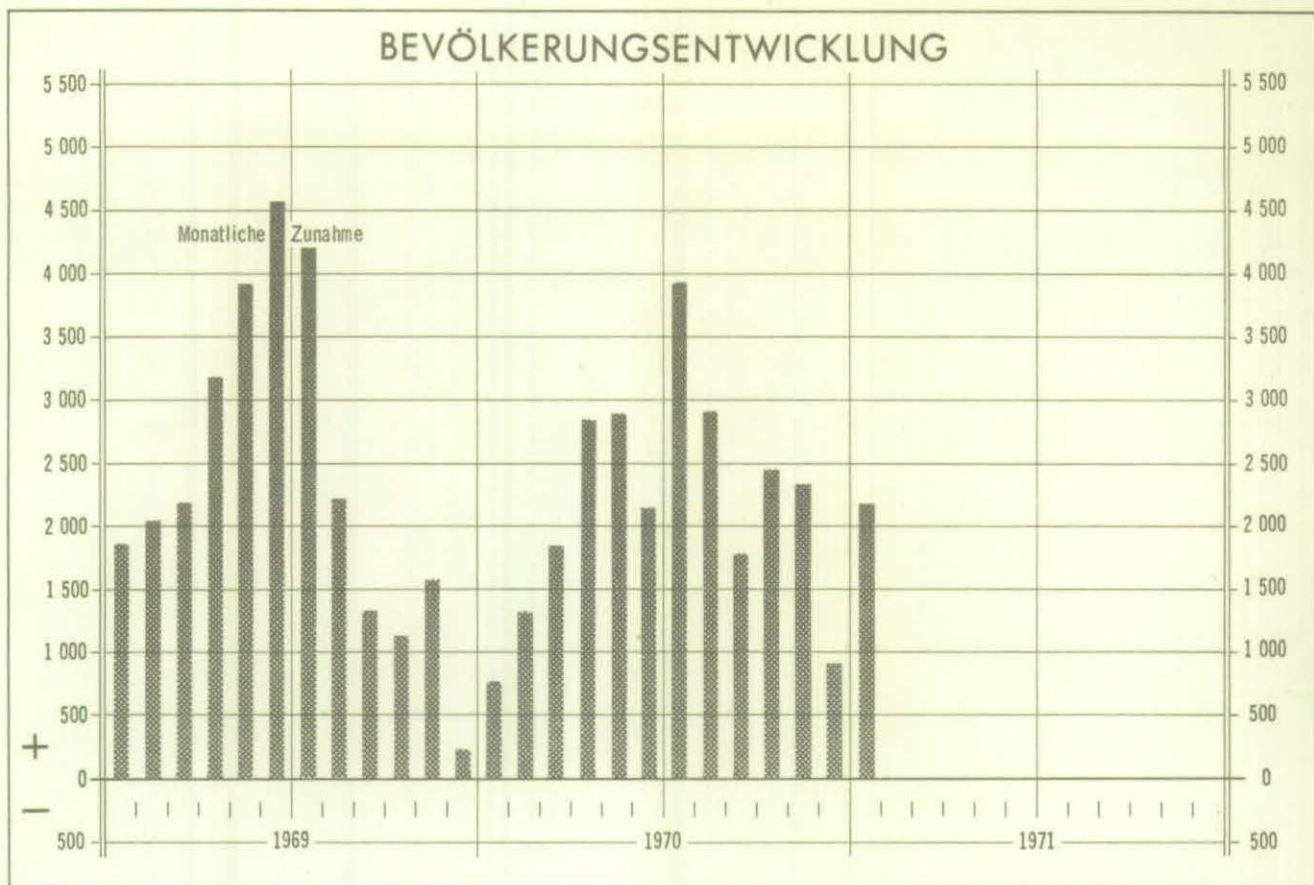
Beilage: Erweiterte Kreiszahlen

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



D - 4231



INHALT 5/6-71

	Seite
Aktuelle Auslese	93
Die Konjunktur in Schleswig-Holstein	94
Aus dem Inhalt	95
Aufsätze	
Welche Bundesstraße ist am sichersten?	96— 98
Landtagswahl 1971	98—107
Die soziale Herkunft der Schüler	108—115
Statistik des Monats	104—105
Wirtschaftskurven A (allgemein)	116
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistische Berichte

N0/Lohnstruktur Öff. Dienst 68

„Die Arbeitsverdienste der Beamten, Angestellten und Arbeiter
im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein im Oktober 1968“

52 Seiten, Preis 4,10 DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 11/12/1970

Landtagswahlkreise 1971
Verdienststruktur im öffentlichen Dienst 1968
Gebäude und Wohnungen 1968 (Teil 2)
Bausparen 1962—1969
Baulandpreise 1969

Heft 1/1971

Gewerbesteuer 1966 (Teil 1)
Erwerbstätige 1970
Ausländer 1970
Baulandumsatz 1962—1969

Heft 2/1971

Betriebsgrößen Landwirtschaft
Getreide- und Ölfruchternte 1970
Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen
Wohngeld 1969 und 1970
Industrie 1970
Versorgungsempfänger

Heft 3/1971

Urlaub in Schleswig-Holstein
Unfälle mit Todesfolge
Handelsdünger
Investitionen Handwerk 1967
Gemeindefinanzreform 1970

Heft 4/1971

Geburtenrückgang
Lohnsteuer 1968
Nord-Ostsee-Kanal
Binnenschifffahrt 1968
Vermögensmillionäre 1969



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 5/6

Mai/Juni 1971

Aktuelle Auslese



Die Fremdenverkehrsorte sind gerüstet

Der seit Jahren zu beobachtende Anstieg der Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen hat erneut zu einem verstärkten Angebot an Fremdenbetten geführt. Insgesamt stehen den Gästen Schleswig-Holsteins im Sommer 1971 rund 194 000 Betten in den 136 Berichtsgemeinden zur Verfügung. Das sind 18 000 oder 10 % Betten mehr als im Jahre 1970.

In den Seebädern, die die ausschlaggebende Rolle im Fremdenverkehr Schleswig-Holsteins spielen, stehen die meisten Fremdenbetten, nämlich 151 000. Es folgen die Erholungsorte mit rund 15 600 und die Luftkurorte mit knapp 11 700 Betten.



Guter Start im Wohnungsbau 1971

In den ersten vier Monaten 1971 wurden in Schleswig-Holstein 9 767 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden zum Bau freigegeben. Das sind gut 27 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Der Rekordbauüberhang aus dem Jahre 1970 sowie die günstige Witterung Anfang 1971 haben in den Monaten Januar bis April 1971 zu einem hohen Bauergebnis geführt. Es wurden 3 143 fertiggestellte Wohnungen gemeldet, 46 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum 1970.



38,6 Mill. DM Wohngeld im Jahre 1970

1970 wurden in Schleswig-Holstein 38,6 Mill. DM Wohngeld gezahlt, davon 83 % als Mietzuschuß und 17 % als Lastenzuschuß. Damit haben sich die Wohngeldzahlungen gegenüber 1969 nur um knapp 770 000 DM (2 %) erhöht. Im Zeitraum November 1963 bis Ende 1970 wurden insgesamt 178 Mill. DM an Wohngeld in Schleswig-Holstein ausgezahlt, und zwar

141 Mill. DM (79 %) Mietzuschüsse und 37 Mill. DM (21 %) Lastenzuschüsse. Das Wohngeld je Haushalt betrug im Dezember 1970 im Durchschnitt 47 DM.



Lohn- und Gehaltssteigerungen 1970 von 12 % bis 21 %

Die Bruttostundenverdienste der männlichen Industrie-Arbeiter stiegen von Januar 1970 bis Januar 1971 um 21 %, nämlich von 5,92 DM auf 7,15 DM. In den Wirtschaftshauptgruppen waren die Steigerungen verschieden hoch: im Hoch- und Tiefbau + 33 %, in den Nahrungs- und Genussmittelindustrien + 12 %, die übrigen lagen bei + 15 % bis + 19 %. Die Löhne der Frauen sind nur um 13 % gewachsen. Den gleichen Anstieg im Laufe des Jahres 1970 hatten auch die weiblichen Angestellten zu verzeichnen, und fast das Gleiche gilt für die männlichen Angestellten (+ 12 %). Die Verdienste selbst betragen im Januar 1971 4,59 DM bei den Arbeiterinnen, 1 019 DM bei den weiblichen und 1 625 DM bei den männlichen Angestellten. Unter den Wirtschaftshauptgruppen wurde im Handel, Kredit- und Versicherungswesen von den Angestellten mit 1 340 DM (Männer) und 842 DM (Frauen) am wenigsten verdient.



Industrie verbrauchte 1,1 Mill. t Heizöl

Der Energieverbrauch der schleswig-holsteinischen Industrie hat sich im letzten Jahrzehnt stark gewandelt. Während der Kohleverbrauch von 1960 bis 1970 um die Hälfte zurückging, haben sich der Stromverbrauch und der Heizölverbrauch in diesem Zeitraum verdoppelt. 1960 hat die Industrie nur 997 Mill. kWh Strom und rd. 546 000 t Heizöl verbraucht, 1970 sind es dagegen fast 1,9 Mrd. kWh Strom und 1,1 Mill. t Heizöl gewesen. Der Kohleverbrauch ging in diesem Zeitraum von rd. 787 000 t SKE auf knapp 400 000 t SKE zurück.

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1969/70	1970/71	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt November bis März ¹			
INDUSTRIE²					
Produktionsindex	1962 = 100	159	167	+	5
Beschäftigte	1 000	189	192	+	2
Umsatz ³	Mill. DM	1 009	1 126	+	12
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	24	24		0
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5,0	7,2	+	44
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 939	2 095	+	8
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	186,3	193,1	+	4
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	156,8	170,0	+	8
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 655	7 836	+	18
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	107,4	107,8		0
Grundstoffpreise ⁴	1962 = 100	104,8	104,0	-	1
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ⁴	1962 = 100	105,4	110,6	+	5
landwirtschaftlicher Produkte ⁴	1961/63 = 100	107,5	96,5	-	10
Lebenshaltung ⁵					
insgesamt	1962 = 100	121,7	126,6	+	4
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	115,9	118,8	+	3
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁶	Mill. DM	3 005	3 433	+	14
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	11 741	12 927	+	10
Spareinlagen	Mill. DM	5 243	5 719	+	9
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁸	Mill. DM	75	81	+	9
Landessteuern ⁹	Mill. DM	134	189	+	42
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	46	49	+	8
Lohnsteuer ¹⁰	Mill. DM	88	126	+	43

1) bei "Geld und Kredit": Oktober bis Februar 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer 4) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundenschaft 7) an die Nichtbankenkundenschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 8) einschließlich Umsatzausgleichsteuer/Einfuhrumsatzsteuer 9) einschließlich Landesanteil an den Einkommensteuern, ab 1970 auch an den Umsatzsteuern und Zerlegungsanteil an der Lohn- und Körperschaftsteuer 10) ab Dezember 1970 einschließlich Zerlegungsanteil

Aus dem Inhalt

Sicherheit der Bundesstraßen

Seite 96

Als Kennzahl bietet sich die Zahl der Unfälle je km Straßenlänge an, die Zahl der Verunglückten je Unfall und die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten je 10 Leichtverletzte. Alle drei Ausdrücke, die in einer Beziehung zur Sicherheit der bestimmten Straße stehen, werden verwendet. Als Hauptergebnis schält sich heraus, daß die günstigen und ungünstigen Stellenplätze in jeder dieser drei Skalen von anderen Straßen eingenommen werden. Die in Bezug auf ihre Sicherheit wohl meistkritisierte Straße unseres Landes, die B 404, hält dabei keine Spitzenposition und rangiert nur einmal in der Spitzengruppe. Nach der Häufigkeit der Unfälle ragen B 4 und B 75 hervor, nach der Schwere der Unfälle die B 432, nach der Schwere der Personenschäden die B 202.

1967. Der SSW hat diese Zahl nur knapp übertroffen. Unter den Abgeordneten sind 53, also die meisten, Beamte und Angestellte, 8 sind Bauern, 8 üben einen freien Beruf aus, 2 sind Arbeiter, 2 Hausfrauen. Das Durchschnittsalter ist mit 47 und 44 Jahren (CDU und SPD) um 6 und 4 1/2 Jahre geringer als im letzten Landtag. 31 Abgeordnete sind in dieser Aufgabe neu.

Landtagswahl 1971

Seite 98

Die Besonderheit dieser Wahl, daß sie wegen Todes eines Bewerbers in einem Wahlkreis um 3 Wochen verschoben werden mußte, führte zu Spekulationen über mögliche Änderungen des Stimmenverhältnisses oder gar der Sitzverteilung durch die Nachwahl. Die wahrarithmetischen Zusammenhänge dafür werden eingehend dargelegt, und es wird gezeigt, daß eine reale Chance zu einer Änderung der Sitzverteilung im Landtag nicht bestand. Die Zusammensetzung der Wählerschaft nach Alt- und Erstwählern, die Abweichungen der Wahlkreise von der durchschnittlichen Größe nach Bevölkerung und Wahlberechtigten, die kandidierenden Parteien und Politiker werden dargestellt. Die Wahlbeteiligung war mit fast 80 % höher als jemals bisher bei einer Landtagswahl. Am wahlfreudigsten waren die Einwohner von Plön, Eutin und Steinburg-Süd, das Gegenteil gilt für Südrondern. Die CDU erzielte diesmal mit 51,9 % aller Stimmen die absolute Mehrheit, zum ersten Mal in Schleswig-Holstein. Die SPD gewann Stimmen und erreichte 41,0 %, die FDP verlor Stimmen und sank auf 3,8 %, so daß sie nicht mehr im Landtag vertreten ist. In 35 der 44 Wahlkreise gewann der CDU-Kandidat das Mandat, in 28 davon sogar mit absoluter Mehrheit (siehe auch die Grafik des Monats). Zur Erringung eines Sitzes im Landtag waren 1971 etwa 18 000 Stimmen nötig, 2 000 mehr als

Soziale Herkunft der Schüler

Seite 108

In den Klassenstufen 4, 5, 9, 10 und 13 aller drei allgemeinbildenden Schularten wurde im Herbst 1970 mittels Individualfragebogen die soziale Herkunft der Schüler ermittelt. Es ging dabei um die berufliche Stellung und um die Schulbildung des Vaters. Beide Merkmale können nur als mehr oder weniger geeignete Anhaltspunkte für das angesehen werden, was eigentlich im Visier dieser Erhebung lag: diejenigen häuslichen Bedingungen, die für die Bildungschancen des Schulkindes einen wesentlichen Faktor darstellen. Der Anteil der Kinder der 5. Klasse, deren Vater Beamter, Angestellter, Arbeiter, Selbständiger oder freiberuflich Tätiger ist, zeigt zwischen Hauptschule, Realschule und Gymnasium typische Unterschiede. Andererseits verändern sich diese Anteile auch noch mit dem Fortschreiten der Kinder in der Schule, sind also in der 13. Klasse anders als in der 5. Der Anteil der Beamtenkinder zum Beispiel beträgt in der 5. Klasse der Hauptschule nur 7 %, in der Realschule 13 %, im Gymnasium 26 %. Aber nicht nur der Start, sondern auch das Durchhalten scheint für die Beamtenkinder leichter zu sein, denn innerhalb des Gymnasiums steigt ihr Anteil noch weiter bis auf 32 % in der 13. Klasse. Allerdings liegt hier keine Längsschnittuntersuchung vor, und dieser hohe Anteil hat vielleicht vor 8 Jahren auch schon in der Sexta geherrscht. Auch für Jungen und Mädchen getrennt werden die Ergebnisse geboten, ferner Vergleichszahlen für 1965 und diese auch für das Bundesgebiet. Als weiteres Indiz für den sozio-kulturellen Hintergrund der Schulkinder wurde die Schulbildung der Eltern in die Untersuchung einbezogen, die möglicherweise in engerem Zusammenhang mit den Bildungsvoraussetzungen des Schulkindes steht als die soziale Stellung des Familienernährers. Die Anteile der Kinder von Vätern mit Volksschule sinken mit "steigender" Schulart von 84 % auf 39 %, die der Abiturientenkinder steigen von 2 % auf 15 %.

Welche Bundesstraße ist am sichersten ?

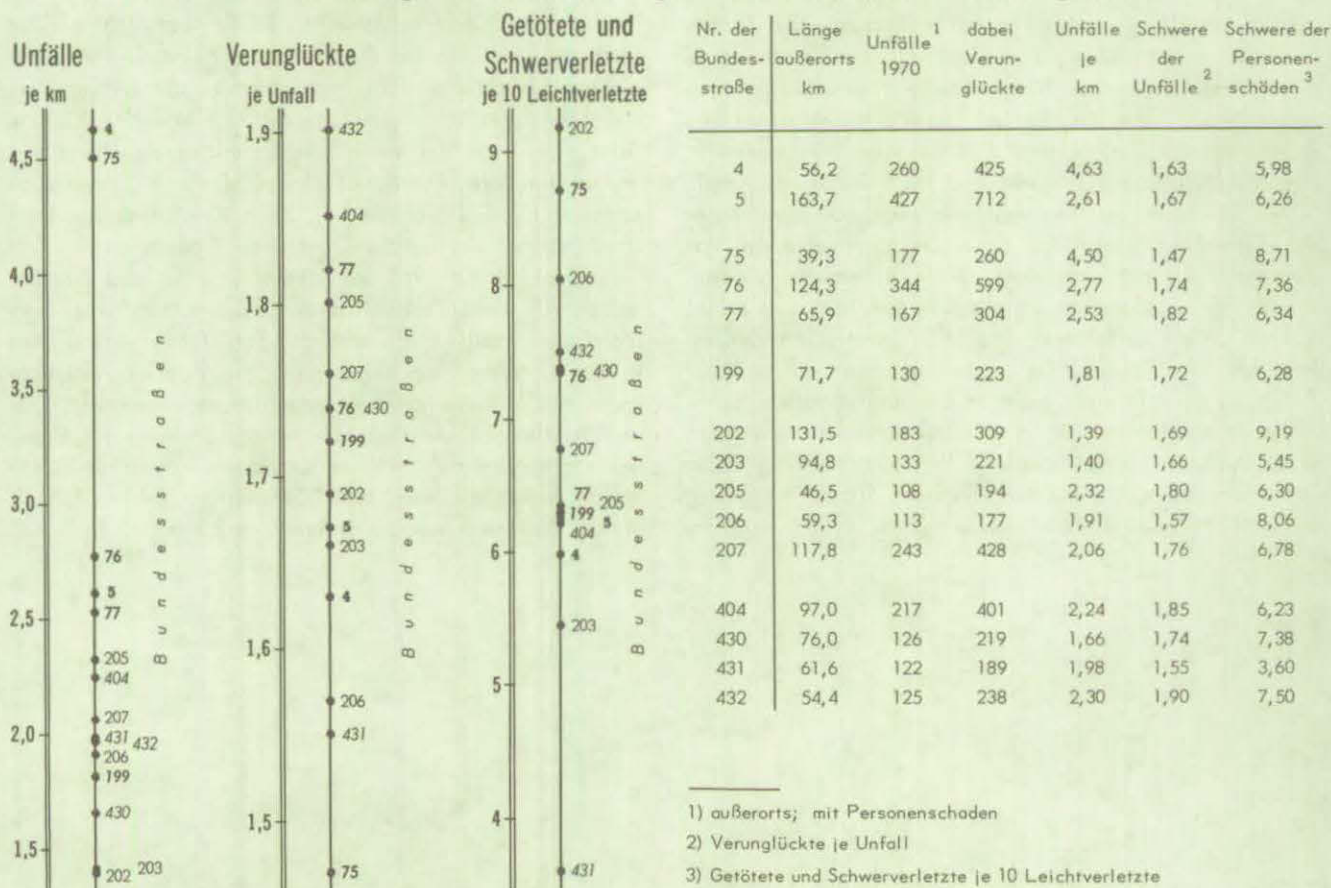
Die warme Jahreszeit lockt die Menschen ins Freie. Man kann spazieren gehen und natürlich auch mit dem Wagen sich fernere Ziele suchen. Da ist man recht ungebunden in der Wahl des Weges, und mancher sorgfältige Fahrer wird sich fragen, ob er für seinen Ausflug nicht eine besonders sichere Straße wählen oder doch wenigstens gefährliche meiden kann.

Bevor hier eine Antwort versucht werden soll, ist zu überlegen, ob eine solche Frage überhaupt für den einzelnen Fahrer sinnvoll ist. Sein persönliches Risiko hängt in erster Linie von seinem eigenen Verhalten ab. Fährt er langsam, so wird er nur selten noch langsamere Wagen überholen. Er wird aber für eine bestimmte Strecke mehr Zeit gebrauchen als ein schnellerer Fahrer und deshalb auch mehr entgegenkommenden Fahrzeugen begegnen. Der Schnellere hat ein geringeres Risiko durch weniger Begegnungen, muß dafür aber öfter überholen und hat überhaupt das erhöhte Risiko der größeren Geschwindigkeit. Zwischen diesen widerstreitenden Faktoren muß jeder den seinen persönlichen Fähigkeiten und seinem Fahrzeug angemessenen Fahrstil finden. Hierbei soll er auch Verhaltensmängel seiner Partner und Schwierigkeiten der Straße ausgleichen. Tut er

das, so hat er das meiste getan, was er zu seiner Sicherheit beitragen kann. Die Wahl der Straße wird dann nur noch wenig beitragen. Trotzdem bleibt die Frage sinnvoll. Jeder kennt Strecken, die er ungern fährt, weil sie erhöhte Aufmerksamkeit erfordern, sei es durch fahrtechnische Schwierigkeiten oder sei es, weil die Straße zu unvorsichtigem Fahren verleitet. Die Abneigung kann aber auch nur darauf beruhen, daß man nicht so schnell vorwärtskommt, wie man gern möchte. Solche Urteile fußen also nicht nur auf Sicherheitsvorstellungen.

Wenn der Statistiker nun etwas über die Sicherheit einer Straße sagen soll, so gerät er in Schwierigkeiten auf der Suche nach einer passenden Kennzahl hierfür. Zunächst ist einmal das Objekt der Betrachtung zu begrenzen. Es soll nur über die Bundesstraßen etwas gesagt werden, auf denen sich 1970 mindestens 100 Unfälle mit Personenschaden außerhalb von Ortschaften ereignet haben. Die Beschränkung auf die freie Strecke ist von der Fragestellung her nötig, weil der Verkehr in den Ortschaften etwas völlig anderes ist. Der Mindestzahl von 100 Unfällen bedarf es, um überhaupt eine statistische Aussage treffen zu können.

Zahlen zur Beurteilung der Sicherheit auf ausgewählten Bundesstraßen in Schleswig-Holstein



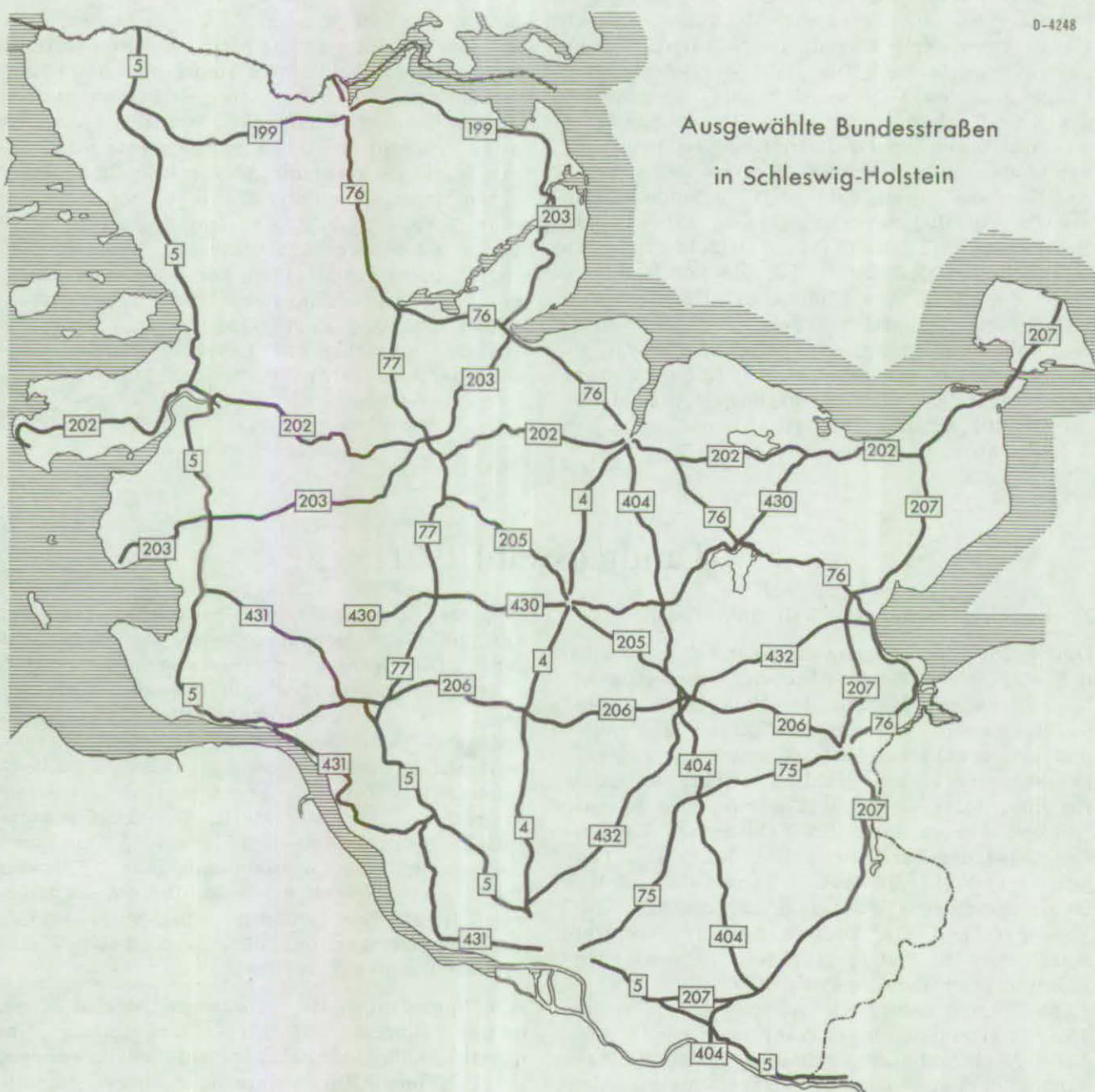
Was kann man aber nun aussagen? Als erstes bietet sich an, die Zahl der Unfälle je km Straßenlänge zu berechnen. Hier liegt mit 4,63 Unfällen je km die B 4 an der Spitze. Sie übertrifft sogar noch die Autobahn Hamburg-Lübeck, die 4,27 Unfälle je km hat. Es folgt die B 75 und dann mit erheblichem Abstand die B 76. Auf ihr ereigneten sich nur 2,77 Unfälle je km. Die geringste Unfalldichte hatte die quer durch das Land führende B 202. Die B 203 und die B 430 stehen vor ihr in der Ordnung. Wenn man von den beiden Extremfällen der B 4 und B 75 absieht, liegen alle Werte in einem Bereich, dessen Grenzen sich etwa wie 1:2 verhalten. Wer die Verkehrsverhältnisse des Landes kennt, merkt sofort, daß sich in der hier betrachteten

Meßzahl die Verkehrsdichte der Straßen widerspiegelt. Je mehr Fahrzeuge auf einer Straße fahren, desto mehr Unfälle ereignen sich auch. Die Meßzahl sagt also weniger über Eignung und Zustand einer Straße, als vielmehr über ihre durchschnittliche Belegung etwas aus. Aber auch dies ist ein Aspekt der Frage der Sicherheit.

Es wäre nun interessant, wenn man die Unfälle mit der Verkehrsdichte in Beziehung setzen könnte. Man erhielte dann die Unfälle je 1 Million gefahrener Kraftfahrzeugkilometer. Die Werte bewegen sich in dem Bereich zwischen 1,0 und 1,7. Diese recht geringe Schwankungsbreite setzt aber eine genaue Rechnung voraus, wenn man zuverlässige Angaben haben will. Die durchschnittliche

0-4248

Ausgewählte Bundesstraßen in Schleswig-Holstein



Verkehrsdichte eines ganzen Straßenzuges ist aber nur mit großem Aufwand feststellbar. Deshalb liegen hinreichend genaue Angaben nicht vor, die eine Rechnung sinnvoll erscheinen lassen. Es ist aber zu erwarten, daß sich bei dieser Rechnung eine ganz andere Rangfolge der Straßen ergeben würde als bei der ersten Meßzahl.

Einen weiteren Beitrag zu unserer Frage bringt die Schwere der Unfälle. Sie wird gemessen als die Zahl der Verunglückten je Unfall. Die Werte liegen alle in einem engen Bereich, dessen Grenzen sich wie 1 : 1,3 verhalten. Wegen der Genauigkeit der Grundzahlen sind die Angaben aber zuverlässig. Die Meßzahl hängt von allen den Umständen ab, die die schweren Folgen des Unfalles herbeiführten. Es spielt aber auch die Zahl der Personen eine Rolle, die am Unfall beteiligt waren. Je mehr Menschen in den Unfall verwickelt waren, desto mehr können auch verunglücken. Die Zahl der Beteiligten hängt von der Fahrzeugart und, wegen des starken Vorherrschens von Personenwagen, wesentlich von der durchschnittlichen Besetzung der Autos ab. Hierüber liegen zwar keine Angaben vor, man darf aber annehmen, daß sie im Ausflugsverkehr größer ist als im Berufsverkehr. Dies ist vielleicht mit ein Grund dafür, daß die B 432, die von Hamburg über Segeberg zur Lübecker Bucht führt, an der Spitze steht. Auch für die B 404, die ihr folgt, mag das gelten. Für die an dritter Stelle stehende B 77 trifft es aber wohl nicht zu. Am Ende der Reihe stehen die B 206, danach die B 431 und ganz am Schluß, sicherlich unvermutet, die B 75.

Die unterschiedliche Besetzung der Fahrzeuge kann man ausschließen, wenn man die Schwere der Personenschäden berechnet. Sie wird ausgedrückt als die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten je 10 Leichtverletzte. Das ist ein anderer Ausdruck für den Anteil der Schwerverunglückten an allen Verunglückten. Die Meßzahl variiert im Verhältnis 1 : 2,6, gibt also Unterschiede recht deutlich wieder. Hier steht an der Spitze mit 9,2 Getöteten und Schwerverletzten je 10 Leichtverletzte die B 202, die die wenigsten Unfälle je km hatte. Es folgt die B 75, die die geringste Schwere der Unfälle aufwies. An dritter Stelle steht die B 206. Am Ende der Reihe mit den leichtesten Personenschäden steht die B 431, vor ihr die B 203 und davor die B 4, die an der Spitze der Unfälle je km stand.

Man sieht, daß je nach dem Standpunkt, von dem aus man die Frage sieht, die Reihenfolge sich völlig ändert. Jeder Standpunkt hat seine Berechtigung und zeigt eine Seite der Sache. Es gibt keinen Standpunkt, von dem aus die Frage schlechthin zu beantworten ist. Schreibt man sich die Reihenfolge für alle drei Meßzahlen nebeneinander, so sieht man, daß es keine Straße gibt, die immer unter den besten oder den schlechtesten ist. Einige mögen mehr dem einen oder anderen Ende zuneigen. Die Übersicht kann aber auch festverwurzelte Vorurteile gegen einzelne Straßen widerlegen. Letztlich hängt die Sicherheit einer Straße von den Menschen ab, die auf ihr fahren.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Landtagswahl 1971

Nachwahl im Wahlkreis 5 (Husum-Land)

Der § 28 des Landeswahlgesetzes bestimmt, daß die Wahl beim Ableben eines Direktbewerbers vor Beginn der Wahl vom Kreiswahlleiter in diesem Wahlkreis abzusagen und zu verschieben ist. Nur wenn der Wahlkreisbewerber am Wahltag stirbt, so rückt für ihn, falls er gewählt wurde, der nächste Listenbewerber nach. Im Wahlkreis 5 (Husum-Land) ist der Direktbewerber der SPD 2 Tage vor der Wahl gestorben. Die Wahl wurde daher in diesem Wahlkreis für den 25. April abgesagt, und als Termin für die Nachwahl wurde der 16. Mai festgesetzt. Die schleswig-holsteinische Landtagswahl 1971 fand also an zwei Tagen statt: in 43 Wahlkreisen am 25. April und in einem Wahlkreis am 16. Mai. Eine Nachwahl unterscheidet sich in ihren Vorbedingungen und der Durchführung nicht

von der Hauptwahl. Wahlberechtigt ist nur, wer am Tage der Hauptwahl das Wahlrecht hatte. Die Wählerverzeichnisse werden also z. B. nicht um die bis zum Tage der Nachwahl 18 Jahre alt gewordenen Wahlberechtigten ergänzt. Auch die für die Hauptwahl zugelassenen Kreiswahlvorschläge bleiben unverändert, nur für den verstorbenen Bewerber wird ein neuer aufgestellt. Da neue Stimmzettel gedruckt werden mußten, verloren die ausgegebenen Wahlscheine ihre Gültigkeit und die abgegebenen Wahlbriefe wurden vernichtet. Sie wurden von Amts wegen ersetzt. Es konnten aber auch neue Wahlscheine beantragt werden.

Die Nachwahl hatte, wie noch gezeigt wird, keinen Einfluß auf die Sitzverteilung im neuen Landtag. Es soll hier untersucht werden, unter welchen Voraussetzungen eine Verschie-

bung möglich gewesen wäre. Nach dem vorläufigen Ergebnis aus 43 Wahlkreisen sah die Stimmenverteilung so aus:

CDU	SPD	FDP	NPD	SSW
722 361	575 682	53 284	18 526	18 404

Im Wahlkreis 5 konnte bei durchschnittlicher Wahlbeteiligung mit rund 28 000 gültigen Stimmen gerechnet werden (am 16. Mai waren es jedoch nur 24 103). Schließt man aus, daß eine andere Partei als die CDU oder die SPD den Wahlkreis gewinnt, also über 40% der Stimmen erhält, so ist eine Verschiebung zu Gunsten oder zu Lasten der anderen Parteien nicht möglich. Die NPD würde selbst mit allen Stimmen die 5%-Grenze nicht überspringen können und bei einem Sieg im Wahlkreis 5 nur diesen Sitz behalten, der dann der SPD verlorenginge, da sie die kleinste Teilungszahl aufweist, für die noch ein Sitz verteilt wurde. Dem SSW würde auch ein Sieg im Wahlkreis 5 keinen weiteren Sitz einbringen; er könnte aber seinen Sitz verlieren, wenn er nur wenige Stimmen bekäme und die FDP einen hohen Sieg erringen würde. In diesem Falle (FDP-Anteil bei 45%) würde die FDP 3 Sitze bekommen (einen direkt und zwei über die Liste), die dann die Sitzzahl von SPD, CDU und SSW um jeweils einen verringern würden. Die FDP hätte sogar noch mit allen gültigen Stimmen des Wahlkreises 5 die 5%-Klausel überwinden können. Diese Überlegungen waren rein theoretischer Natur. Die Hauptfrage, die nach der Wahl am 25. April immer wieder gestellt wurde, lautete jedoch, unter welcher Voraussetzung die CDU oder die SPD einen Sitz mehr bekäme. Die d'Hondt'schen Zahlen ergaben nach dem vorläufigen Ergebnis aus 43 Wahlkreisen folgendes Bild:

Teilungsziffer	CDU		SPD	
	Teilungszahl	Sitzfolge	Teilungszahl	Sitzfolge
1	722 361	(1)	575 682	(2)
.
.
.
.
31	.	.	18 570	(69)
32	.	.	17 990	(73)
33	.	.	17 444	-
.
.
39	18 522	(70)	.	.
40	18 059	(72)	.	.
41	17 618	-	.	.

Die letzte Teilungszahl, mit der die SPD zum Zuge gekommen ist, lautet 17 990. Um diese Zahl zu überbieten und damit den 41. Sitz

zu erreichen, müßte die 41. Teilungszahl der CDU um 373 höher sein, was einer Stimmenzahl von 15 293 (373×41) entspricht. Die CDU hätte also mit 15 293 zusätzlichen Stimmen einen Sitz mehr bekommen, jedoch nur unter der von vornherein auszuschließenden Voraussetzung, daß die SPD bei ihrer Gesamtstimmenzahl von 575 682 bleibt. Um diesen zusätzlichen Sitz unter der realistischen Voraussetzung weiterer Stimmen auch für die SPD mit dem Ergebnis des Wahlkreises 5 zu erreichen, hätte die CDU erstens 15 293 Stimmen mehr als am 25. April erhalten müssen und zweitens für jede Stimme, die die SPD gegenüber dem Ergebnis vom 25. April hinzubekommen hätte, 1,28 weitere Stimmen. Dieser Wert ergibt sich aus den Teilungsziffern. Die Stimmenzahl der CDU müßte durch 41 dividiert werden und die der SPD durch 32 ($41 : 32 = 1,2813$). Hätte die SPD beispielsweise im Wahlkreis Husum-Land 10 000 Stimmen erreicht, so hätte die CDU 28 106 Stimmen ($15 293 + 12 813$) benötigt, um den 41. Sitz zu erringen.

Die Berechnung zeigt, daß die CDU dieses Ziel am ehesten erreichen würde, wenn die Wahlbeteiligung sehr hoch und der Anteil der übrigen Parteien sehr niedrig wäre. Da jedoch die Wahlbeteiligung im Wahlkreis 5 bei früheren Wahlen immer unter dem Landesdurchschnitt lag, mußte bei der Nachwahl erst recht mit einer niedrigeren Wahlbeteiligung als im Landesdurchschnitt am 25. April gerechnet werden. Proberrechnungen ergaben, daß die CDU um 80% der gültigen Stimmen erhalten müßte, um den 41. Sitz zu bekommen. An einem Beispiel soll dies demonstriert werden: 70% der 36 000 Wahlberechtigten gehen zur Wahl; 200 geben ungültige Stimmzettel ab, so daß 25 000 gültige Stimmen zu verteilen wären; 1 500 erhalten die übrigen Parteien und 23 500 entfallen auf CDU und SPD. Die CDU hätte dann mindestens 19 902 oder 79,6% der gültigen Stimmen erhalten müssen, um den 41. Sitz zu erreichen. Auf die SPD entfallen 3 598 oder 14,4% der gültigen Stimmen.

Berechnung:	CDU	SPD
Stimmen am 25. 4.	722 361	575 682
	+ 15 293	
	+ 4 609	+ 3 598
	= 742 263	= 579 280
Teilungsziffer	: 41	: 32
Teilungszahl	= 18 103	= 18 102

Ein noch extremeres Ergebnis wäre erforderlich gewesen, wenn die SPD einen weiteren Sitz, den 33., hätte bekommen sollen. Nach der Übersicht der Teilungszahlen war die 33. Teilungszahl der SPD (17 444) um 615 kleiner als die der CDU (18 059). Die Zahl

615 multipliziert mit 33 + 1 ergibt die Stimmenzahl, die die SPD am 25. April gehabt haben müßte, um einen zusätzlichen Sitz zu erzielen, nämlich 20 296. Außer diesen 20 296 zusätzlichen Stimmen hätte die SPD für jede Stimme, die die CDU gegenüber dem 25. April mehr bekommt, 0,825 weitere Stimmen erhalten müssen ($33 : 40 = 0,825$). Nach dem obigen Beispiel (23 500 Stimmen für beide Parteien) hätte die SPD dann mindestens 21 744 oder 87,0% der gültigen Stimmen erhalten müssen und die CDU 1 756 oder 7,0%.

Berechnung:	SPD	CDU
Stimmen am 25. 4.	575 682	722 361
	+ 20 296	
	+ 1 448	+ 1 756
	= 597 426	= 724 117
Teilungsziffer	: 33	: 40
Teilungszahl	= 18 103	= 18 102

Bei einer realistischen Einschätzung der Ergebnisse konnte also schon am 25. April mit Sicherheit gesagt werden, daß sich an der Sitzverteilung im Landtag nichts ändern würde, außer daß die Partei, die den direkten Sitz gewinnen würde, dafür einen Listensitz abgeben müßte. Das ist dann auch eingetreten. Die CDU brachte, wie zu erwarten war, ihren Direktbewerber durch und mußte dafür den 6. Listensitz abgeben. Wie die nachstehende Übersicht zeigt, änderte sich auch die Stimmenverteilung im Landesergebnis nicht wesentlich:

	CDU	SPD	FDP	NPD	SSW	DKP	EP
25. 4. 1971	51,7	41,2	3,8	1,3	1,3	0,4	0,3
16. 5. 1971	51,9	41,0	3,8	1,3	1,4	0,4	0,3

Jeder Vierte war erstmals in Schleswig-Holstein wahlberechtigt

Zur Landtagswahl am 25. April 1971 waren in Schleswig-Holstein 1,81 Millionen Personen wahlberechtigt, das sind 125 000 oder 7,5% mehr als bei der Landtagswahl 1967. Diese kräftige Zunahme ist im wesentlichen auf die Herabsetzung des aktiven Wahlalters von 21 auf 18 Jahre zurückzuführen. Diese Altersgruppe umfaßt etwa 92 000 Personen. Hinter dem Saldo verbergen sich jedoch größere Verschiebungen, die sich durch Umzug, Tod und Erreichen des Wahlalters ergeben haben. In den Wählerverzeichnissen hat zwischen 1967 und 1971 eine Bewegung von etwa 713 000 Wahlberechtigten stattgefunden, und zwar 421 000 Zugänge und 292 000 Abgänge. Das bedeutet, daß 1971 nur noch 1,39 Millionen derjenigen Personen wahlberechtigt waren, die es schon 1967 gewesen sind. Rund 421 000

Personen oder jeder Vierte sind erstmals bei einer Landtagswahl in Schleswig-Holstein wahlberechtigt. Die Abgänge resultieren aus 122 000 Verstorbenen und schätzungsweise 170 000 Verzogenen. Die Zugänge setzen sich aus ungefähr 199 000 Zugezogenen zusammen, die 1967 bereits über 21 Jahre alt gewesen sind, und 222 000 Wahlberechtigten im Alter von 18 bis 25 Jahren. Unter diesen Jungwählern befinden sich 92 000 Wähler der drei jüngsten Jahrgänge. Obwohl unter den Jungwählern die Männer überwiegen (54%), sind weiterhin fast 54% der Wahlberechtigten Frauen.

Eine umfassende Analyse der Altersstruktur der Wahlberechtigten, Wähler und Nichtwähler sowie ihrer Teilnahme an der Wahl wird an dieser Stelle erscheinen, sobald die entsprechenden Stichprobenermittlungen ausgewertet worden sind.

In den einzelnen Wahlkreisen haben sich erwartungsgemäß größere Verschiebungen gegenüber 1967 ergeben. Die geringsten Zunahmen und teilweise sogar Abnahmen weisen im allgemeinen die Wahlkreise der kreisfreien Städte aus. In den Wahlkreisen Kiel-Mitte und Lübeck-Süd ging die Zahl der Wahlberechtigten um 6,3% und 5,2% zurück; in Flensburg-West und in Neumünster stieg sie nur um 0,5% und 2,4%. Nur in den Wahlkreisen der kreisfreien Städte mit Neubaugebieten, Kiel-West (+ 10,4%) und Lübeck-Nord (+ 12,2%), nahmen die Wahlberechtigten überdurchschnittlich zu. Im Wahlkreis 40 (Norderstedt) trat mit + 27% die größte Zunahme auf. Weit über dem Durchschnitt von 7,4% lagen auch die Wahlkreise 43 (Reinbek) mit 18,7%, 23 (Segeberg-West) mit 17,4% und 20 (Pinneberg) mit 16,4%.

Die Wahlkreise sind so eingeteilt worden, daß keiner mit seiner Einwohnerzahl um mehr als 12,5%, das ist die Hälfte der im Landeswahlgesetz vorgeschriebenen Grenze, vom Landesdurchschnitt abweicht¹. Durch die unterschiedliche Bevölkerungsstruktur gibt es bei der Zahl der Wahlberechtigten größere Abweichungen als bei der Einwohnerzahl der Wahlkreise. Im Landesdurchschnitt entfallen auf einen Wahlkreis rund 41 000 Wahlberechtigte. Im kleinsten Wahlkreis sind es nur 32 000 (Wahlkreis 4 - Südtondern) und im größten 47 400 (Wahlkreis 42 - Lauenburg-Süd). Sie weichen um - 21,9% und + 15,5% vom Landesdurchschnitt ab. Eine Abweichung bei den Wahlberechtigten von über 12,5% weisen noch die Wahlkreise 41 (Lauenburg-Ost) mit + 15,0%, 38 (Lübeck-Nord) mit + 13,5%, 25 (Kiel-Nord) mit - 13,4% und 35 (Lübeck-Ost) mit + 12,6% aus. Bei acht Zehnteln,

¹) siehe auch Stat. Monatsh. 11/12/1970, S. 244

nämlich 35 der Wahlkreise, beläuft sich jedoch die Abweichung auf weniger als 10%.

Sieben Parteien und 338 Kandidaten bewarben sich um Sitze

Wie bei der Landtagswahl 1967 haben sich sieben Parteien um Landtagsmandate beworben. Zwei von ihnen, die DKP und die EP, hatten das erste Mal zu einer Landtagswahl Kandidaten aufgestellt. Die CDU, SPD, FDP, NPD und der SSW waren schon bei der Landtagswahl 1967 vertreten gewesen. Die DFU und die FSU sind nicht wieder aufgetreten. Alle sieben Parteien hatten eine Landesliste aufgestellt und waren außer dem SSW in allen Wahlkreisen vertreten. Der SSW hatte nur in 14 Wahlkreisen des nördlichen und westlichen Landesteiles Bewerber nominiert.

Insgesamt bewarben sich 338 Kandidaten. Vier Zehntel von ihnen, nämlich 146, waren sowohl in einem Wahlkreis als auch auf der Landesliste ihrer Partei aufgestellt. Der SSW und die SPD nominierten am häufigsten Doppelkandidaten, die alle - bei der SPD bis auf vier - auch auf der Landesliste standen, während es bei der CDU nur 29 von 44 waren. Alle anderen Parteien hatten weniger Kandidaten auf ihrer Landesliste stehen, als sie Wahlkreis-Bewerber aufgestellt hatten. Am umfangreichsten war die Landesliste der SPD mit 65 Bewerbern, gefolgt von der CDU mit 45 Bewerbern. Die übrigen Parteien hatten nur halb so viele oder noch weniger vorgeschlagen.

Von den im alten Landtag vertretenen 73 Abgeordneten waren nur 49 wieder aufgestellt worden. Die CDU benannte von ihren 36 Abgeordneten (einschließlich zwei ehemalige FDP-Abgeordnete) 24 erneut, die SPD von 30 Abgeordneten 21, die FDP keinen ihrer verbliebenen zwei Abgeordneten, die NPD drei von vier und der einzige Abgeordnete des SSW bewarb sich wiederum.

Die Altersgliederung der Bewerber zeigt, daß nur wenige über 70 Jahre alt sind (5) und die erstmals wählbaren 21- bis 25jährigen ebenfalls nur einen geringen Anteil stellen (12). Die meisten Bewerber dieser Altersgruppe wurden von der EP aufgestellt (7), während die beiden großen Parteien, CDU und SPD, keinen Bewerber dieses Alters nominierten. Am stärksten sind wie bei den vorangegangenen Wahlen die 40- bis 50jährigen vertreten, nämlich mit 103 oder drei Zehntel aller Bewerber. Den ältesten Bewerber hat die DKP (74 Jahre) und den jüngsten die EP (22 Jahre) aufgestellt. Weibliche Kandidaten wurden wiederum nur selten nominiert. Insgesamt waren es 35, was einem Anteil

von einem Zehntel entspricht. Ein Viertel aller Bewerberinnen (9) stellte die EP.

Höchste Wahlbeteiligung aller Landtagswahlen

Es war allgemein mit einer hohen Wahlbeteiligung gerechnet worden, einer Wahlbeteiligung, die die 80%-Linie erreichen oder sogar überschreiten würde. Die Erwartung ist zwar nicht ganz eingetroffen, die Wahlbeteiligung war jedoch mit 79,2% höher als bei allen bisherigen Landtagswahlen; 1967 sind es 74,1%

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Nr.	Wahlkreis Name	Wahl- berechtigte	Wähler	
		1971 Anzahl	1971 in %	1967
1	Flensburg-West	41 223	74,6	72,0
2	Flensburg-Ost	38 444	77,4	72,6
3	Flensburg-Land	40 495	78,0	73,1
4	Südtondern	32 021	72,9	67,7
5	Husum-Land	36 049	67,3	68,7
6	Husum-Eiderstedt	40 442	77,9	71,4
7	Schleswig-West	41 199	79,8	73,7
8	Schleswig	41 216	79,6	74,8
9	Eckernförde	39 936	78,6	73,6
10	Dithmarschen-Nord	41 179	78,8	74,3
11	Dithmarschen-Süd	42 495	81,1	75,6
12	Rendsburg-West	40 892	81,3	74,7
13	Rendsburg	41 498	79,4	71,1
14	Rendsburg-Ost	39 353	81,1	75,8
15	Neumünster-Nord	39 671	79,9	75,2
16	Steinburg-Ost	42 276	81,3	76,4
17	Steinburg-Süd	37 473	83,2	78,8
18	Elmshorn	44 913	79,5	74,7
19	Pinneberg-Elbmarschen	42 082	81,3	75,4
20	Pinneberg	42 648	79,8	72,4
21	Pinneberg-Nord	41 198	80,4	73,7
22	Segeberg-Ost	40 566	80,6	74,5
23	Segeberg-West	36 829	77,7	72,2
24	Neumünster	40 290	78,5	74,3
25	Kiel-Nord	35 576	78,9	73,6
26	Kiel-Mitte	42 543	80,5	75,1
27	Kiel-West	40 631	78,2	74,0
28	Kiel-Süd	40 046	76,6	72,7
29	Kiel-Ost	42 229	74,7	71,1
30	Plön-Nord	39 660	82,8	78,2
31	Plön-Süd	38 412	83,8	79,2
32	Oldenburg	39 031	80,0	75,7
33	Eutin-Nord	42 421	82,6	77,8
34	Eutin-Süd	44 930	82,3	78,7
35	Lübeck-Ost	46 222	78,5	76,1
36	Lübeck-Süd	45 250	81,1	69,7
37	Lübeck-Mitte	43 278	74,2	74,4
38	Lübeck-Nord	46 373	79,0	76,8
39	Stormarn	43 068	80,8	74,3
40	Norderstedt	38 334	77,4	71,3
41	Lauenburg-Ost	47 179	80,3	74,9
42	Lauenburg-Süd	47 376	78,8	71,7
43	Reinbek	38 469	80,4	71,6
44	Ahrensburg	42 402	80,6	72,2
	Schleswig-Holstein	1 807 818	79,2	74,1

gewesen. Der Trend der rückläufigen Wahlbeteiligung ist damit unterbrochen worden. Die Nichtwähler stellen aber immer noch mit 376 000 Personen die drittstärkste "Partei". Die Nachwahl im Wahlkreis 5 (Husum-Land), wo die Wahlbeteiligung erwartungsgemäß niedrig war (67,3%), hat das Landesergebnis fast nicht beeinflusst, da es sich um einen kleinen Wahlkreis handelt. Ohne den Wahlkreis 5 lag die Wahlbeteiligung bei 79,4%, also nur um 0,2 Punkte höher.

Sieht man vom Wahlkreis 5 ab, so machten die Wahlberechtigten im Wahlkreis 4 (Südtondern) wie 1967 am wenigsten von ihrem Wahlrecht Gebrauch: 9 700 oder 27,1% von ihnen gingen nicht zur Wahl. Ihre Zahl ist damit größer als die der SPD als zweitstärkster Partei mit 8 070 Stimmen. Nicht viel höher war die Wahlbeteiligung im Wahlkreis 37 (Lübeck-Mitte) mit 74,2%, im Wahlkreis 1 (Flensburg-West) mit 74,6% und im Wahlkreis 29 (Kiel-Ost) mit 74,7%. Ganz allgemein hat sich bestätigt, daß die Wahlbeteiligung in dem Gebiet, das sich etwa mit dem ehemaligen Landesteil Schleswig deckt, und in den großen Städten niedriger ist als im ehemaligen Landesteil Holstein. In Plön und in Ostholstein liegen die Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung, wenn man vom Wahlkreis 17 (Steinburg-Süd) absieht. Die Spitze der Wahlbeteiligungsskala nimmt der Wahlkreis 31 (Plön-Süd) mit 83,8% ein, gefolgt vom Wahlkreis 17 (Steinburg-Süd) mit 83,2%, sowie den Wahlkreisen 30 (Plön-Nord) mit 82,8%, 33 (Eutin-Nord) mit 82,6% und 34 (Eutin-Süd) mit 82,3%.

Bis auf zwei Wahlkreise war die Wahlbeteiligung in allen Wahlkreisen höher als 1967. Einen besonders kräftigen Anstieg verzeichnet der Wahlkreis 36 (Lübeck-Süd) von 69,7 auf 81,1%. Verringert hat sich die Wahlbeteiligung neben dem Wahlkreis 5 (Husum-Land) noch im Wahlkreis 37 (Lübeck-Mitte) von 74,4 auf 74,2%.

Die Zahl der Wahlberechtigten, die nicht in ihrem Wahllokal wählten, sondern von der Briefwahl Gebrauch machten, hat sich gegenüber 1967 beinahe verdoppelt. Bei der Landtagswahl 1967 sind es 50 600 gewesen und jetzt 90 000. Damit ist der bei Bundestagswahlen übliche Anteil fast erreicht worden. Bei den letzten Bundestagswahlen sind es 6% der Wahlberechtigten gewesen und bei der Landtagswahl 1971 5% gegenüber 3% im Jahre 1967. Am häufigsten benutzten die Wahlberechtigten im Wahlkreis 26 (Kiel-Mitte) und 8 (Schleswig) diese Form der Stimmenabgabe.

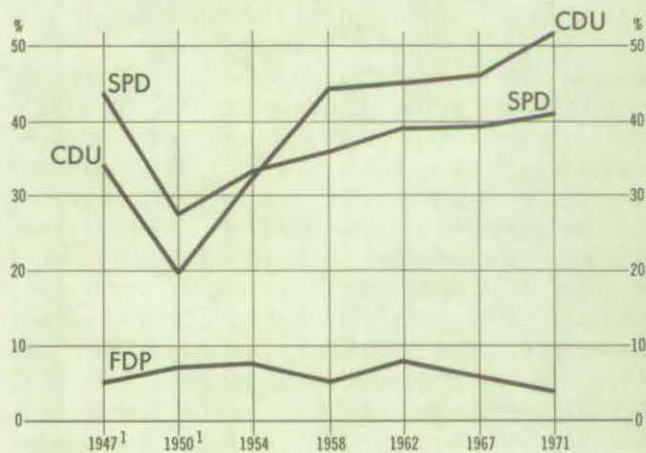
Die Zahl der Wähler, deren Stimme für ungültig erklärt werden mußte, ist weiterhin rückläufig. Nur knapp 11 000 Stimmen oder 0,7% aller

abgegebenen waren ungültig, gegenüber fast 13 000 oder 1% bei der vorhergegangenen Landtagswahl. Bei den ungültigen Stimmen handelt es sich überwiegend um Stimmzettel, die leer oder ganz durchgekreuzt, also bewußt ungültig, abgegeben wurden. Unbeabsichtigt falsch ausgefüllt wurden nur wenige Stimmzettel, da das Einstimmenwahlrecht das Ankreuzen gegenüber den Bundestagswahlen wesentlich erleichtert.

CDU erzielte erstmals die absolute Mehrheit

Die größere Zahl der Wahlberechtigten, die hohe Wahlbeteiligung und der Rückgang der ungültigen Stimmen haben die gültigen Stimmen gegenüber 1967 um 188 000 oder 15,2% ansteigen lassen. Von den bisher im Landtag vertretenen Parteien konnten aber nur die CDU und die SPD ihre Stimmenzahl erhöhen, wobei die CDU bedeutend besser abschnitt als die SPD. Die CDU erhöhte ihre Stimmenzahl um 170 000 oder drei Zehntel und die SPD um 96 000 oder zwei Zehntel. Die stärksten Einbußen mußte die NPD hinnehmen, die 53 000 oder drei Viertel ihrer Stimmen gegenüber 1967 verlor. Die FDP verlor 18 500 ihrer Stimmen oder ein Viertel. Der Anteil des SSW war ebenfalls rückläufig. Er verringerte sich fast um 4 000 Stimmen oder 16%. Diesen Verschiebungen entsprechend veränderten sich die Stimmenanteile der Parteien. Die CDU tat einen großen Sprung nach vorn. Sie verbesserte sich von 46,0% auf 51,9% und erzielte damit erstmals in Schleswig-Holstein die absolute Mehrheit. Auch gegenüber der Bundestagswahl 1969 (46,2%) und der Kreiswahl 1970 (45,4%) konnte sie ihre Anteile kräftig erhöhen. Die CDU hat damit ihre Anteile von Landtagswahl zu Landtagswahl verbessert. Bei der SPD ergibt sich das gleiche Bild, aber bei weitem nicht im selben Umfang.

D-4255 Die Stimmenanteile von CDU, SPD und FDP bei den Landtagswahlen seit 1947



1) anderes Wahlrecht

Landtagswahl	Stimmenanteile in %		
	CDU	SPD	FDP
1947 ^{a)}	34,1	43,8	5,0
1950 ^{a)}	19,8	27,5	7,1
1954	32,2	33,2	7,5
1958	44,4	35,9	5,4
1962	45,0	39,2	7,9
1967	46,0	39,4	5,9
1971	51,9	41,0	3,8

a) anderes Wahlrecht

Die SPD konnte zwar ihren Anteil gegenüber 1967 von 39,4% auf 41,0% erhöhen, verschlechterte sich aber gegenüber ihren Ergebnissen bei der Bundestagswahl 1969 und der Kreiswahl 1970, wo sie 43,5% erreicht hatte. Die Stimmenanteile von FDP und NPD sanken unter 5%, so daß beide Parteien nicht mehr im Landtag vertreten sind. Die FDP kam auf 3,8% anstelle von 5,9% und die NPD auf 1,3% anstelle von 5,8%. Auch der Anteil des SSW ging zurück und zwar von 1,9% auf 1,4%. Er bleibt aber dank des Minderheitenstatus weiterhin im Landtag vertreten. Hätte er 1 743 Stimmen weniger bekommen, so hätte es nicht gelangt. Die erstmals bei einer Landtagswahl aufgetretene DKP erhielt 0,4% der gültigen Stimmen und die EP 0,3%. Der Anteil der beiden großen Parteien CDU und SPD an allen gültigen Stimmen hat sich weiterhin vergrößert. Beide vereinigten auf sich 92,9% aller Stimmen, 1967 sind es 85,4% gewesen. Rund 82 000 oder 5,8% der Stimmen kamen bei der Sitzverteilung nicht zum Zuge.

CDU stellt 35 der 44 Wahlkreissieger

Sechs Zehntel oder 44 der 73 schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten werden in den Wahlkreisen durch Mehrheitswahl gewählt und die übrigen durch Verhältniswahl aus den Landeslisten. Nur die CDU und die SPD konnten Wahlkreiskandidaten durchbringen. Die CDU war in 35 Wahlkreisen erfolgreich und die SPD in 9, wobei die CDU in 28 Wahlkreisen sogar die absolute Mehrheit erringen konnte und die SPD in drei. Für alle anderen Parteien war das Rennen um einen direkten Sitz aussichtslos. Die CDU erhielt im ungünstigsten Wahlkreis 34,7% der Stimmen und die SPD 27,4%. Der SSW konnte dagegen im günstigsten Wahlkreis nur 18,0% der Stimmen erringen, und die höchsten Werte der anderen Parteien lagen alle unter 10%.

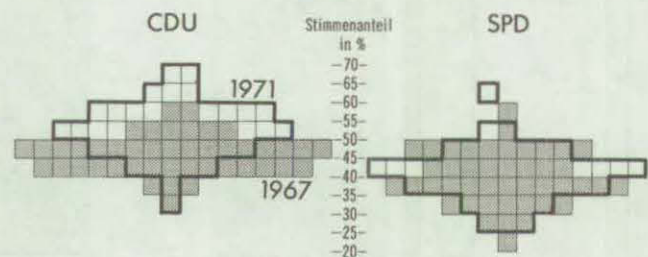
Vergleiche mit der Landtagswahl 1967 sind nur anhand von Umrechnungen möglich, die die Neueinteilung der Landtagswahlkreise berücksichtigen²⁾. Die CDU hat danach der

2) siehe auch Stat. Monatsh. 11/12/1970, S. 244

SPD per Saldo drei Wahlkreise abgenommen. Sie verdrängte die SPD im Wahlkreis 24 (Neumünster), 19 (Pinneberg-Elbmarschen), 42 (Lauenburg-Süd) und 30 (Plön-Nord) auf den 2. Platz und verlor den Wahlkreis 1 (Flensburg-West). Die CDU verbesserte ihre Anteile in allen Wahlkreisen, teilweise sogar recht beträchtlich. In 19 Wahlkreisen baute sie ihre Mehrheit zu einer absoluten aus und im Wahlkreis 30 (Plön-Nord), den sie der SPD abnahm, erhielt sie ebenfalls über die Hälfte der gültigen Stimmen. In 5 Wahlkreisen kam sie auf über 60% der Stimmen: Wahlkreis 23 (Segeberg-West) mit 60,3%, 22 (Segeberg-Ost) mit 61,2%, 5 (Husum-Land) mit 61,9%, 7 (Schleswig-West) mit 65,1% und 12 (Rendsburg-West) mit 66,0%. Der größte Sprung nach vorn gelang der CDU im Wahlkreis 32 (Oldenburg). Dort dehnte sie ihren Anteil um 10 Punkte von 43,7% auf 53,7% aus. Weit über dem Durchschnitt (+ 5,9 Punkten) liegt ihr Zuwachs noch in den Wahlkreisen 17 (Steinburg-Süd) mit 9,0 Punkten, 39 (Stormarn) mit 9,6 Punkten und 22 (Segeberg-Ost) mit 9,4 Punkten. Den geringsten Zuwachs weist die CDU im Wahlkreis 13 (Rendsburg) mit 1,1 Punkten, 37 (Lübeck-Mitte) mit 1,3 Punkten, 38 (Lübeck-Nord) mit 1,6 Punkten, 27 (Kiel-West) und 29 (Kiel-Ost) mit 1,8 Punkten auf. Die CDU stellt den Abgeordneten, der mit dem höchsten Stimmenanteil seinen Sitz gewann, und zwar im Wahlkreis 12 (Rendsburg-West) mit 66,0%. Dort ist auch der Abstand zwischen dem Wahlkreis-Sieger und dem Zweiten mit 38,6 Punkten am größten. Den geringsten Abstand zwischen einem CDU-Wahlkreis-Sieger und dem SPD-Bewerber weisen die Wahlkreise 13 (Rendsburg) mit 3,3 Punkten und 19 (Pinneberg-Elbmarschen) mit 3,8 Punkten auf.

Bei der SPD überwiegen zwar die Verbesserungen in den Wahlkreisen; in 10 Wahlkreisen gingen jedoch ihre Anteile zurück und in 2 Wahlkreisen konnte sie ihr Ergebnis von 1967 halten. Am größten war ihr Gewinn im Wahlkreis 1 (Flensburg-West) mit 8,6 Punkten,

D - 4256 Die Wahlkreise nach dem Stimmenanteil von CDU und SPD 1967 und 1971 (Landtagswahlen)

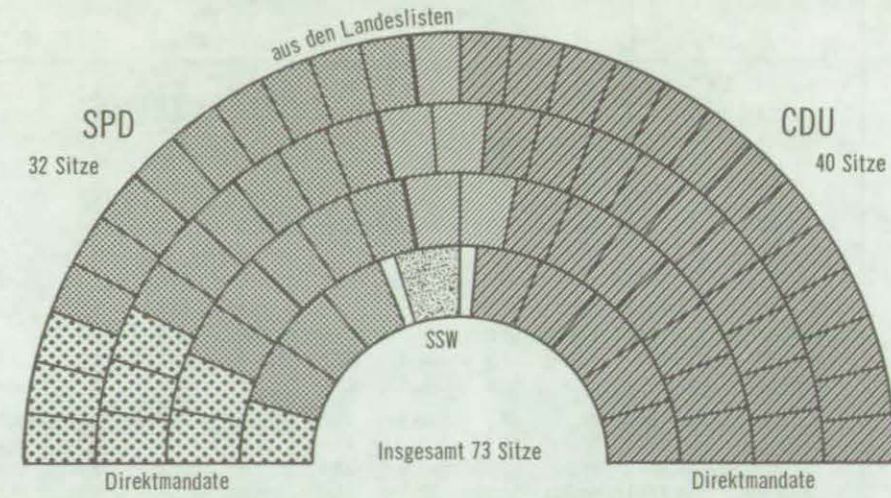


□ Anzahl der Wahlkreise, in denen die Partei ... % der Stimmen erreicht hat

LANDTAGSWAHL 1971

- einschließlich Nachwahl -

Die Sitzverteilung im Schleswig-Holsteinischen Landtag



Wahlberechtigte

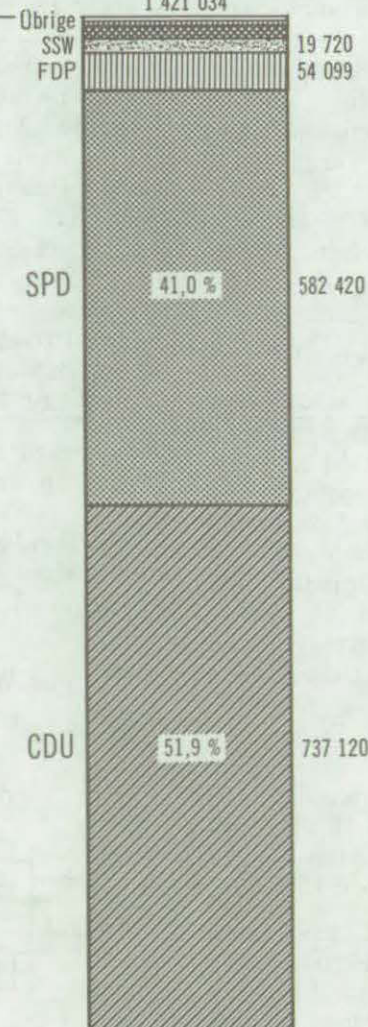
1 807 818

Wähler

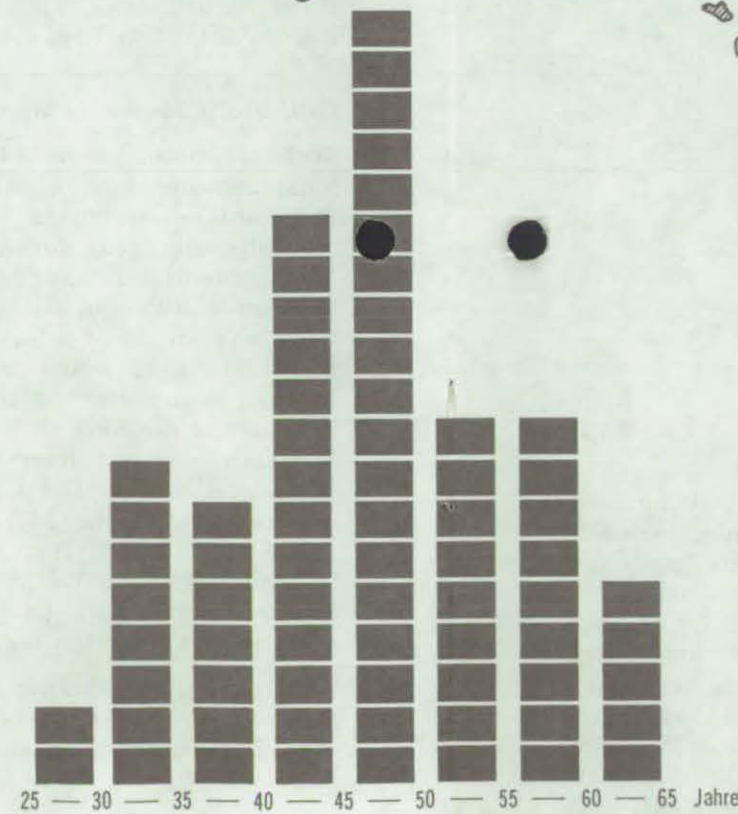
1 431 760

Gültige Stimmen

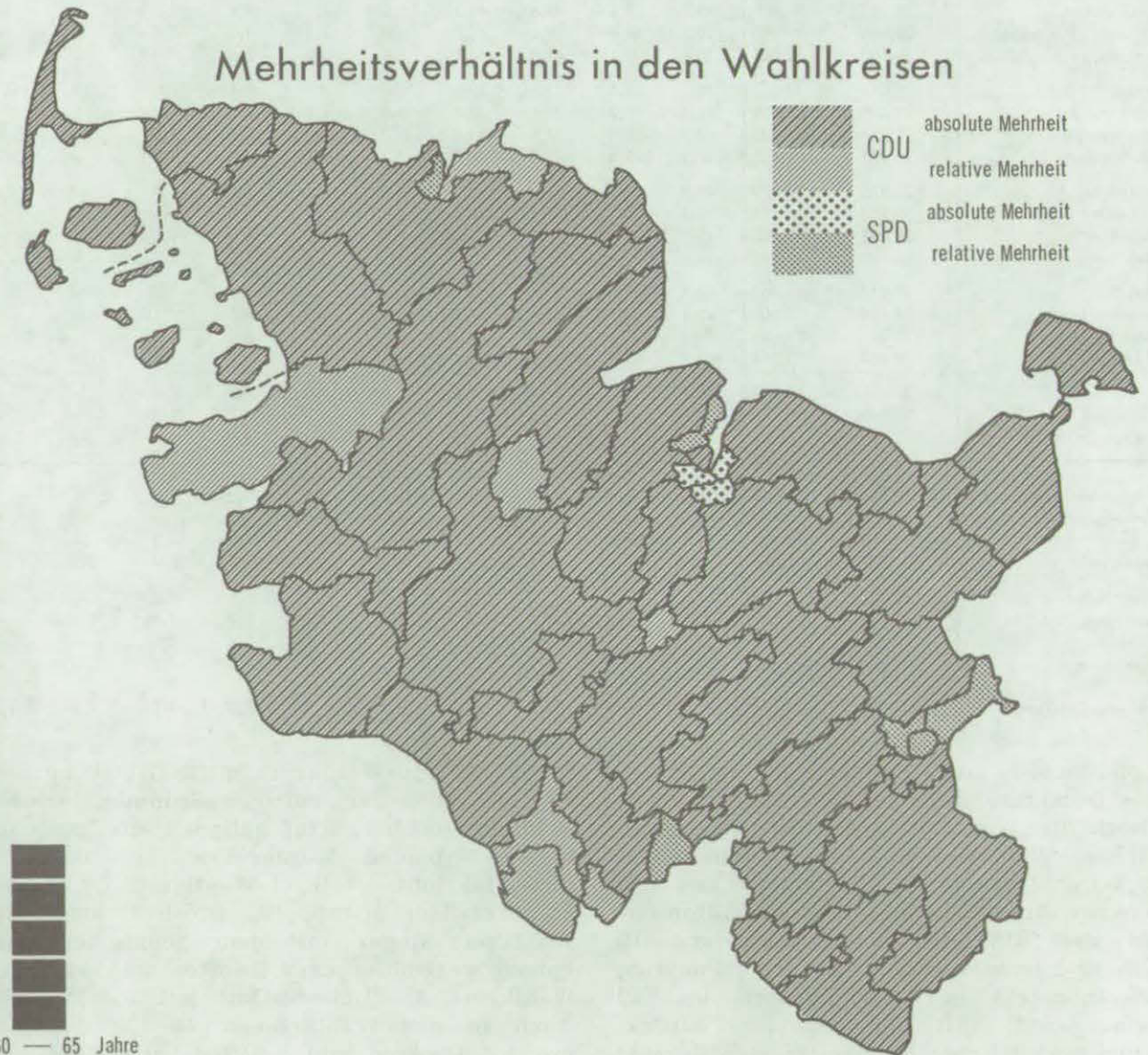
1 421 034



Die Altersgliederung der Abgeordneten



Mehrheitsverhältnis in den Wahlkreisen



Wahl in den Wahlkreisen

Nr.	Wahlkreis Name	Gültige Stimmen		Von den gültigen Stimmen entfallen auf									
		1967	1971	CDU		SPD		FDP		NPD		SSW	
				1967	1971	1967	1971	1967	1971	1967	1971	1967	1971
Anzahl		in %											
1	Flensburg-West	29 407	30 608	36,0	38,1	31,8	40,4	4,2	2,2	3,7	0,7	23,5	18,0
2	Flensburg-Ost	26 227	29 626	41,0	44,7	32,5	38,8	4,9	2,5	5,0	1,2	15,7	12,3
3	Flensburg-Land	26 119	31 399	50,9	55,0	27,0	32,0	5,5	2,7	5,4	1,7	10,7	8,4
4	Südtandem	19 224	23 174	49,1	55,7	32,1	34,8	6,3	3,6	4,3	0,8	7,6	4,8
5	Husum-Land	22 324	24 103	54,3	61,9	25,7	27,8	7,4	3,4	5,2	1,2	7,0	5,4
6	Husum-Eiderstedt	26 913	31 266	43,7	49,1	34,5	38,0	9,0	6,3	5,8	1,4	6,6	4,9
7	Schleswig-West	28 054	32 644	59,6	65,1	24,6	27,4	6,2	3,2	6,7	2,0	2,6	1,9
8	Schleswig	28 952	32 595	47,2	51,7	33,1	37,1	5,4	3,7	5,7	1,5	8,2	5,8
9	Eckernförde	26 977	31 092	45,6	51,7	38,6	41,8	6,6	2,7	5,1	1,0	3,5	2,3
10	Dithmarschen-Nord	28 397	32 164	49,1	58,0	35,5	34,9	7,2	3,5	7,6	3,2	-	-
11	Dithmarschen-Süd	30 500	34 168	46,9	55,3	38,3	38,2	6,9	3,3	7,5	2,8	-	-
12	Rendsburg-West	28 288	32 952	57,9	66,0	26,6	27,4	6,6	3,6	8,1	2,4	0,3	0,3
13	Rendsburg	27 721	32 722	47,3	48,4	40,5	45,1	5,1	4,2	4,7	1,0	1,7	1,1
14	Rendsburg-Ost	27 012	31 650	50,7	56,5	37,7	37,8	5,6	3,9	5,4	0,9	0,3	0,3
15	Neumünster-Nord	27 269	31 486	45,9	52,2	42,8	41,9	4,8	4,2	5,6	1,0	-	-
16	Steinburg-Ost	30 360	34 121	44,7	53,2	38,9	41,4	9,2	3,1	6,3	1,8	-	-
17	Steinburg-Süd	28 172	30 842	44,8	53,8	40,2	40,8	8,2	3,0	5,9	1,8	-	-
18	Elmshorn	29 515	35 400	45,7	49,4	42,6	44,3	5,5	4,5	4,6	1,0	-	-
19	Pinneberg-Elbmarschen	29 486	33 880	40,7	48,8	47,6	45,0	5,8	4,3	4,3	0,7	-	-
20	Pinneberg	26 160	33 781	46,6	49,1	41,0	44,1	5,9	5,0	5,1	0,9	-	-
21	Pinneberg-Nord	26 015	32 817	50,7	58,5	35,6	35,6	7,5	4,1	5,1	1,0	0,2	0,1
22	Segeberg-Ost	27 228	32 459	51,8	61,2	31,6	32,4	8,6	4,1	7,5	1,8	-	-
23	Segeberg-West	22 254	28 328	52,3	60,3	31,8	33,4	8,2	4,4	7,0	1,6	-	-
24	Neumünster	28 961	31 433	42,3	49,4	47,2	44,9	4,7	4,2	4,9	0,8	-	-
25	Kiel-Nord	24 952	27 973	40,8	44,5	45,8	49,2	6,0	4,1	5,7	1,0	0,7	0,6
26	Kiel-Mitte	33 868	34 174	49,4	52,6	37,0	40,7	6,7	4,8	5,8	1,1	-	-
27	Kiel-West	27 131	31 606	41,3	43,1	47,8	50,8	4,7	4,2	4,9	1,0	-	-
28	Kiel-Süd	28 443	30 523	37,0	42,0	52,1	52,4	4,2	3,5	5,2	1,0	-	-
29	Kiel-Ost	28 919	31 363	32,9	34,7	57,3	60,0	3,4	2,9	4,4	1,0	-	-
30	Plön-Nord	27 658	32 505	43,6	50,4	45,2	44,8	4,4	3,0	6,1	1,1	-	-
31	Plön-Süd	27 905	31 891	48,3	55,5	38,7	39,2	5,3	3,2	6,8	1,4	-	-
32	Oldenburg	27 403	30 954	43,7	53,7	42,5	41,6	5,0	3,3	8,1	1,0	-	-
33	Eutin-Nord	30 746	34 651	48,4	55,4	38,1	39,3	5,5	3,5	7,5	1,4	-	-
34	Eutin-Süd	32 349	36 670	46,8	54,1	40,4	40,4	5,3	3,8	6,7	1,3	-	-
35	Lübeck-Ost	33 150	36 056	43,2	46,9	45,6	47,3	4,1	3,4	5,9	1,6	-	-
36	Lübeck-Süd	33 100	36 496	49,3	51,4	38,4	41,9	5,1	4,5	6,1	1,5	-	-
37	Lübeck-Mitte	31 194	31 921	44,4	45,7	45,5	48,8	3,5	3,3	5,3	1,4	-	-
38	Lübeck-Nord	31 708	36 444	43,3	44,9	46,3	49,3	3,7	3,6	5,4	1,3	-	-
39	Stormarn	28 255	34 460	45,9	55,5	38,9	39,1	6,8	3,8	7,3	1,3	-	-
40	Norderstedt	21 346	29 425	39,6	46,0	48,4	47,2	6,2	5,3	4,7	0,8	0,1	-
41	Lauenburg-Ost	32 611	37 583	49,4	57,6	37,5	37,2	5,0	3,1	7,5	1,5	-	-
42	Lauenburg-Süd	31 090	37 036	42,7	51,1	45,1	43,0	5,4	4,0	5,4	1,1	-	-
43	Reinbek	22 899	30 712	46,9	52,1	40,6	41,8	6,0	4,4	5,4	0,9	-	-
44	Ahrensburg	26 846	33 881	44,1	52,5	37,7	39,4	9,9	6,3	5,4	1,2	-	-
Schleswig-Holstein		1 233 108	1 421 034	46,0	51,9	39,4	41,0	5,9	3,8	5,8	1,3	1,9	1,4

was gleichzeitig die Eroberung des Wahlkreises bedeutete. Relativ hoch waren außerdem noch ihre Gewinne in den beiden anderen nördlichen Wahlkreisen, in Flensburg-Ost mit 6,3 Punkten und in Flensburg-Land mit 5,0 Punkten. Am stärksten gingen die Stimmenanteile der SPD in den Wahlkreisen 19 (Pinneberg-Elbmarschen) mit 2,6 Punkten, 24 (Neumünster) mit 2,3 Punkten und 42 (Lauenburg-Süd) mit 2,1 Punkten zurück. Der Rückgang führte gleichzeitig zum Verlust dieser Wahlkreise. Das beste Ergebnis sprang

für die SPD im Wahlkreis 29 (Kiel-Ost) heraus, wo sie 60% der gültigen Stimmen erhielt. In ihrer Hochburg Kiel befinden sich auch die anderen beiden Wahlkreise mit absoluter SPD-Mehrheit: 27 (Kiel-West) mit 50,8% und 28 (Kiel-Süd) mit 52,4%. Die SPD stellt den Wahlkreis-Sieger mit dem geringsten Vorsprung gegenüber dem Zweiten und zwar im Wahlkreis 35 (Lübeck-Ost) mit 0,4 Punkten. Auch in den Wahlkreisen 40 (Norderstedt) mit 1,2 Punkten und 1 (Flensburg-West) mit 2,3 Punkten ist der Abstand sehr klein.

Die FDP mußte in allen Wahlkreisen Verluste einstecken. Nur in zwei Wahlkreisen kam sie mit jeweils 6,3% auf über 5% der Stimmen: 6 (Husum-Eiderstedt) und 44 (Ahrensburg). Am schlechtesten schnitt sie in den drei Flensburger Wahlkreisen mit 2,2%, 2,5% und 2,7% sowie in den Wahlkreisen 9 (Eckernförde) mit 2,7% und 29 (Kiel-Ost) mit 2,9% ab.

Die NPD übersprang in keinem Wahlkreis die 5%-Grenze. In 8 Wahlkreisen blieb sie sogar unter 1 Prozent. Am größten war für sie der Rückgang im Wahlkreis 32 (Oldenburg) von 8,1% auf 1,0%.

Die Stimmenanteile des SSW gingen ebenfalls, bis auf die Wahlkreise 12 (Rendsburg-West) und 14 (Rendsburg-Ost), wo sie ihre geringen Anteile halten konnte, zurück. Er verlor in seiner Hochburg, dem Wahlkreis 1 (Flensburg-West), 5,5 Punkte und verschlechterte sich von 23,5% auf 18,0%. Außerdem blieb er noch in den Wahlkreisen 2 (Flensburg-Ost) mit 12,3%, 3 (Flensburg-Land) mit 8,4%, 8 (Schleswig) mit 5,8% und 5 (Husum-Land) mit 5,4% über einem Anteil von 5%.

Die erstmals bei einer schleswig-holsteinischen Landtagswahl auftretende DKP kam nur im Wahlkreis 29 (Kiel-Ost) auf einen Anteil von über 1%, und die EP in keinem.

Nur noch CDU, SPD und SSW im neuen Landtag

Anstelle von fünf entsenden nur noch drei Parteien Abgeordnete in den neuen Landtag. Die FDP und die NPD konnten die 5%-Grenze nicht überwinden. Ihrem verhältnismäßigen Stimmenanteil entsprechend stellen die CDU 40, die SPD 32 und der SSW einen Abgeordneten. Die CDU hat damit mehr als die Hälfte der Abgeordneten, sie verfügt über die absolute Mehrheit. Sie gewann 6 Sitze, davon 3 in den Wahlkreisen und 3 über ihre Landesliste. Die SPD weist 2 Sitze mehr als 1967 auf.

Sitzverteilung

Sitze	Insgesamt	CDU	SPD	FDP	NPD	SSW
Insgesamt						
1962	73	35	31	6	.	1
1967	73	34	30	4	4	1
1971	73	40	32	-	-	1
In den Wahlkreisen						
1967	44	32	12	-	-	-
1971	44	35	9	-	-	-
Aus den Landeslisten						
1967	29	2	18	4	4	1
1971	29	5	23	-	-	1

Sie verlor 3 Wahlkreissitze und bekam über ihre Landesliste 5 Sitze hinzu. Der SSW behielt seinen Sitz.

Zur Erringung eines Sitzes waren etwa 18 000 Stimmen erforderlich. Das sind wegen der höheren Zahl der Wahlberechtigten und der höheren Wahlbeteiligung fast 2 000 Stimmen mehr als 1967. Der SSW hat diese Zahl mit 19 720 Stimmen nur knapp überboten. Die Sitzfolge nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlenverfahren ergab, daß der letzte Sitz - der 73. - an die SPD fiel. Der nächste Sitz wäre an die CDU gefallen. Ihr fehlten, um den 73. Sitz anstelle der SPD zu erringen, jedoch über 9 000 Stimmen. Die FDP, die als drittstärkste Partei aus der Landtagswahl hervorging, hätte 17 000 Stimmen mehr erhalten müssen, um die 5%-Grenze zu überwinden und an der Sitzverteilung teilzunehmen.

Nach den Berufsangaben, die die Abgeordneten gemacht haben, stellen die Beamten (einschließlich Pensionäre) und Angestellten mit 53 die größte Gruppe. Die nächststärkste sind die Bauern sowie die freien Berufe und Selbständigen mit jeweils 8. Arbeiter sind 2 Abgeordnete, und 2 Abgeordnete bezeichnen sich als Hausfrau. Der älteste Abgeordnete ist 64 Jahre alt und der jüngste 26, beide gehören der CDU an. Im Durchschnitt sind die CDU-Abgeordneten etwas älter als die der SPD: 47 Jahre gegenüber 44 Jahre. Beide Fraktionen haben sich jedoch verjüngt: 1967 lag das Durchschnittsalter der CDU-Abgeordneten bei 53 Jahren und das der SPD bei 48 1/2.

Wie in der letzten Legislaturperiode sind 5 der 73 Abgeordneten Frauen. Drei wurden von der SPD aufgestellt und zwei von der CDU. Sie zogen alle über die Landesliste ihrer Partei in den Landtag ein; 1967 waren noch zwei Frauen direkt gewählt worden.

Den Plenarsaal des Landeshauses betreten 31 Abgeordnete das erste Mal als Volksvertreter. Damit ist beinahe jeder zweite Abgeordnete neu im Landtag. Der Abgeordnete des SSW war schon dabei, als der erste gewählte schleswig-holsteinische Landtag 1947 zusammentrat.

Die CDU, bisher in Koalition mit der FDP, bildet nunmehr die neue Landesregierung allein. Sie stellt neben dem Ministerpräsidenten 6 Minister; ein Minister ist parteilos.

Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Landtagswahl am 23. April 1967" in Stat. Monatsh. S.-H. 1967, S. 124 (Juni)

Die soziale Herkunft der Schüler

Im Schuljahr 1970/71 wurden statistische Angaben über die soziale Herkunft der Schüler an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen Schleswig-Holsteins, d. h. an Grund- und Hauptschulen, an Realschulen und Gymnasien sowie an Sonderschulen für Lernbehinderte, im Individualverfahren ermittelt. Die Fragebogen wurden zusammen mit den Erhebungspapieren für die jährliche bundeseinheitliche Schulstatistik an die Schulen geschickt. Die Beantwortung des Fragenkatalogs dieser Sondererhebung war freiwillig. Die Erhebung erstreckte sich auf ausgewählte Klassenstufen, und zwar auf die 4. Klassenstufe der Grundschule, auf die 5. und 9. Klassenstufe der Hauptschule, auf die 5., 9. und 10. Klassenstufe der Realschule sowie auf die 5., 9., 10. und 13. Klassenstufe des Gymnasiums. Die Erhebung brachte - trotz erheblicher Schwierigkeiten bei der Befragung - brauchbares statistisches Material. Von rund 102 000 Schülern, die in die Erhebung einbezogenen Klassenstufen und Schularten (ohne Sonderschulen) im Schuljahr 1970/71 besuchten, gaben knapp 88 000 Schüler, das sind 86%, einen gut ausgefüllten Fragebogen zurück. Dabei waren zwar nicht alle Fragen gleichmäßig brauchbar beantwortet, doch ist dies bei der Aufbereitung der statistischen Daten entsprechend berücksichtigt worden. Eine Erfassungsquote von 86% bietet die Gewähr für eine ausreichende Repräsentation, zumal sich die Befragungsausfälle - wie die Aufstellung am Schluß des Aufsatzes zeigt - recht gleichmäßig auf alle Klassenstufen und Schularten verteilen. Zu klein war lediglich die Zahl der von den Sonderschulen zurückgegebenen Fragebogen.

Aufgabe der statistischen Sondererhebung war, festzustellen, ob - bei generell gleichem Recht auf Bildung - ein Zusammenhang besteht zwischen dem Grad der Schulbildung und der sozialen Herkunft der Schüler. Die soziale Herkunft kann beurteilt werden nach dem Bildungshintergrund des Elternhauses. Diese individuelle Voraussetzung läßt sich aus sachlichen und methodischen Gründen nicht unmittelbar statistisch fassen. Der soziokulturelle Hintergrund des Elternhauses der Schüler wurde daher stellvertretend gemessen an der Stellung des Vaters im Beruf¹ in der Annahme, daß dadurch die Familie entscheidend geprägt ist. Daß diese Vorstellung einer Einschränkung bedarf, wird noch zu zeigen sein.

1) Schüler, bei denen nicht der Vater der Erziehungsberechtigte ist, wurden nach der beruflichen Stellung ihres Erziehungsberechtigten gefragt. Diese Befragungsergebnisse waren aber zu ungenau, so daß sie nicht ausgewertet werden konnten.

Die berufliche Ordnung umfaßt - grob definiert - Abhängige und Selbständige, wenn von der Gruppe der Mithelfenden in dem hier gegebenen Zusammenhang einmal abgesehen wird. In der vorliegenden Untersuchung wurde die Gruppe der Abhängigen in Beamte, Angestellte und Arbeiter unterteilt und die Arbeitergruppe weiterhin in Facharbeiter, Landarbeiter und sonstige Arbeiter. Die Hauptgruppe Selbständige wurde aufgegliedert in selbständige Landwirte, Handel- und Gewerbetreibende sowie in Angehörige eines freien Berufes, worunter Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten und ähnliche Berufe zu verstehen sind. In einer kleinen Restgruppe wurden dann die Angaben "ohne Beruf" und die Fälle, in denen keine Angaben über die berufliche Stellung gemacht worden sind, zusammengefaßt. Man muß sich allerdings darüber im klaren sein, daß zwischen der beruflichen Stellung des Vaters und dem Bildungshintergrund des Elternhauses kein eindeutiger Zusammenhang besteht. Die heterogene Zusammensetzung einzelner Berufsstellungsgruppen ermöglicht nur eine vage Zuordnung. Das gilt vor allem für die Gruppe der Angestellten - sie umfaßt z. B. den einzigen Angestellten eines kleinen Betriebes, aber auch den Direktor eines Weltunternehmens - und der Beamten sowie für die Handel- und Gewerbetreibenden. Aber auch innerhalb der Gruppen der Arbeiter, der Landwirte und der Angehörigen eines freien Berufes dürfte der Sozialstatus im einzelnen verschieden sein. Wegen der Unsicherheiten bei der Verwendung der Stellung des Vaters im Beruf als Indiz für die soziale Herkunft der Schüler wurde in die statistische Erhebung zusätzlich die Frage nach der Schulbildung des Vaters und der Mutter aufgenommen. Zunächst aber folgen die Ergebnisse der Schüler der einzelnen Schularten und Klassenstufen, aufgegliedert nach der sozialen Stellung ihrer Väter.

Die Schüler der 4. Grundschulklasse müssen in der Gliederung nach der sozialen Stellung ihrer Väter eine "Normalverteilung" zeigen, denn diese Klassenstufe umfaßt die Schüler aller sozialen Schichten. Die Schüler der 5. Klassenstufe sowie die auch noch im schulpflichtigen Alter stehenden Schüler der 9. Klassenstufe müssen - wenn die Schüler aller Schularten zusammengefaßt werden - gleichfalls einen repräsentativen Querschnitt der sozialen Gliederung der Elterngeneration ergeben. Die Sozialstruktur der Schüler der 4., 5. und 9. Klassenstufe muß daher nahezu gleich aussehen. Diese Aussage wird durch die vorliegenden Erhebungsergebnisse im wesentlichen bestätigt.

Soziale Herkunft (Stellung des Vaters im Beruf)	Erfasste Schüler der		
	4.	5.	9.
	Klassenstufe		
	in %		
Beamter	13	13	14
Angestellter	27	26	28
Arbeiter	38	39	33
Selbständig	17	17	19
Freiberuflich	4	4	5
Ohne Beruf und ohne Angabe	1	1	1
Insgesamt	100	100	100

4. Klassenstufe = Grundschule

5. Klassenstufe = Hauptschule, Realschule und Gymnasium

9. Klassenstufe = Hauptschule, Realschule, einschließlich Realschulzugklassen an Hauptschulen und Gymnasium

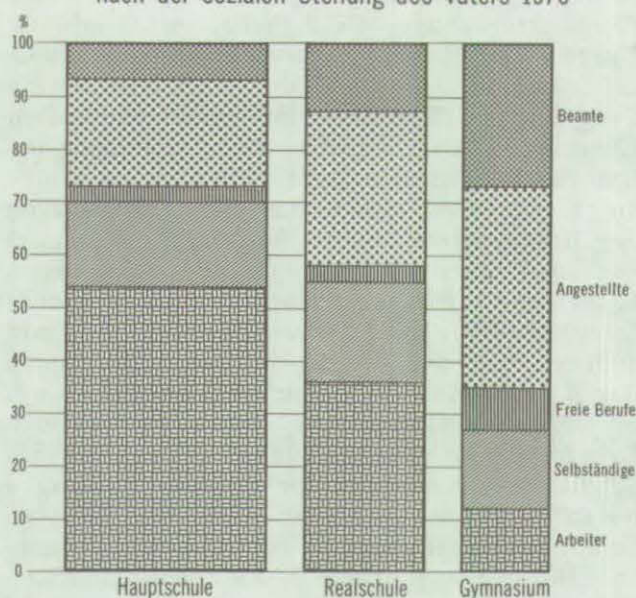
Kleine Strukturverschiebungen, die in der 9. Klassenstufe zu erkennen sind, so z. B. der Rückgang des Anteils der Arbeiterkinder, mögen zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß das Bild dieser Klassenstufe durch sitzengebliebene Schüler oder durch Übergänge auf Sonderschulen, die in der Zusammenstellung nicht enthalten sind, leicht verzerrt ist. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die Väter von 9- bis 11jährigen Kindern - so alt sind etwa die Schüler der 4. und 5. Klassenstufe - häufig ihren beruflichen Werdegang noch nicht abgeschlossen haben. Aus diesem Grunde ist zu vermuten, daß auch der soziale Status der Väter der älteren Schüler im Durchschnitt etwas höher ist als der der Väter der jüngeren Schüler.

Nach der 4. Klassenstufe der Grundschule verteilt sich der Schülerstrom auf die weiterführenden Schulen, und zwar auf die Hauptschule, die Realschule und auf das Gymnasium. Übergänge auf die Sonderschulen bleiben hier unbeachtet. Die Sozialstruktur der Schüler der 5. Klassenstufe für alle Schularten zusammengefaßt zeigt - wie bereits festgestellt wurde - ungefähr die "Normalverteilung". Eine Auffächerung der Schüler dieser Klassenstufe nach den einzelnen Schul-

Soziale Herkunft (Stellung des Vaters im Beruf)	Erfasste Schüler der 5. Klassenstufe			
	insgesamt	davon		
		in der Hauptschule	in der Realschule	im Gymnasium
	in %			
Beamter	13	7	13	26
Angestellter	26	20	28	37
Arbeiter	39	53	35	12
Selbständig	17	16	19	15
Freiberuflich	4	3	3	8
Ohne Beruf und ohne Angabe	1	1	1	1
Insgesamt	100	100	100	100

D - 4253

Die Schüler im 5. Schuljahr nach der sozialen Stellung des Vaters 1970



arten läßt jedoch erhebliche Strukturunterschiede erkennen. Im Gymnasium ist der Anteil der Arbeiterkinder wesentlich niedriger als in der Hauptschule, der Anteil der Beamten- und Angestelltenkinder beträchtlich höher. Die Sozialstruktur der Realschüler stimmt dagegen mit der der erfassten Schüler der 5. Klassenstufe insgesamt annähernd überein.

Gibt es nun Veränderungen in der Sozialstruktur der Schüler - gemessen an der beruflichen Stellung ihrer Väter - bei den aufsteigenden Klassenstufen innerhalb einer Schulart? In der Hauptschule, von der die 5. und 9. Klassenstufe in die Untersuchung einbezogen wurde, zeigt sich von der unteren zur oberen Klassenstufe eine Veränderung bei den Arbeiterkindern und bei den Kindern von Angestellten und Selbständigen, und zwar ein Rückgang des Anteils der Arbeiterkinder an allen Hauptschülern der betreffenden Klassenstufe von 53% (5. Klassenstufe) auf 48% (9. Klassenstufe) und ein Anwachsen des Anteils der Kinder von Angestellten und Selbständigen zusammengefaßt von 36% (5. Klassenstufe) auf 41% (9. Klassenstufe). Das sind vermutlich Entwicklungstendenzen, die auf ähnliche Gründe, wie sie für die zusammenfassende erste Tabelle dieses Aufsatzes genannt wurden, zurückgeführt werden können: durch sitzengebliebene Schüler, durch Übergänge auf Sonderschulen und vor allem auf berufliche Weiterentwicklung der Väter. Ganz ausgeschlossen werden darf allerdings auch nicht die Möglichkeit, daß die Erhebungsbogen der Schüler der 9. Klassenstufe ein wenig "anders" ausgefüllt wurden als die der Schüler der 5. Klassenstufe; allen Eintragungen über die Einstufung nach

der beruflichen Stellung haften subjektive Momente an. Die Arbeitsgruppe für empirische Bildungsforschung, Heidelberg, hat über die Frage "Zur Genauigkeit der Angaben über die soziale Herkunft der Schüler - ein Vergleich der Ergebnisse aus unterschiedlichen Erhebungen der Arbeitsgruppe"² eingehende Untersuchungen angestellt. Ihr ging es allerdings im wesentlichen um eine Überprüfung der Unterschiede in den Angaben, die einmal von den Lehrern auf Grund schulischer Unterlagen (Klassenbücher, Klassenlisten, Schulkarteien) gemacht wurden und die zum anderen von den Eltern bei einer Befragung durch Interviewer gewonnen worden sind. In der Anweisung zur hier vorliegenden Erhebung war dagegen vorgesehen, "daß die Schüler unter Mithilfe der Lehrer den Fragebogen ausfüllen; ggf. (vor allem bei jüngeren Schülern) ist Rückfrage bei den Erziehungsberechtigten angebracht"³. Es konnte natürlich nicht im einzelnen überprüft werden, auf welche Weise die Fragebogen ausgefüllt worden sind. Stichproben haben jedoch ergeben, daß das vorgeschlagene Verfahren weitgehend praktiziert worden ist und daß das gewonnene statistische Material brauchbar ist. Dennoch darf diese bereits in der Befragungsprozedur liegende Problematik bei der Beurteilung der Ergebnisse der gesamten Erhebung nicht ganz außer acht gelassen werden.

Die vorstehende Darlegung bei der Kommentierung der Ergebnisse für die Hauptschüler hat ein wenig von der Frage, wie sich die Sozialstruktur der Schüler bei den aufsteigenden Klassenstufen innerhalb einer Schulart verändert, abgelenkt. Diese Frage soll jetzt wieder aufgenommen und für die Schüler der Realschulen und Gymnasien beantwortet werden. Bei der Betrachtung der Ergebnisse muß folgendes beachtet werden: Der Vergleich der einzelnen Klassenstufen legt die Vorstellung eines zeitlichen Längsschnittes durch das Schülerleben nahe. Man ist geneigt, Veränderungen der Anteile als solche des Schuldurchlaufs anzusehen. Tatsächlich bietet die Erhebung aber einen Querschnitt zu einem Zeitpunkt. Für die Schüler, die sich bei dieser Erhebung in der 9., 10. oder gar 13. Klasse befanden, galten, als für sie die Entscheidung über den Besuch einer weiterführenden Schule getroffen wurde, erheblich andere äußere Bedingungen (z. B. Bildungsangebot) als für die heute in der 5. Klasse befindlichen Schüler. Anders aus-

gedrückt: im Jahre 1970 herrschten für den Übergang auf weiterführende Schulen andere schulische Voraussetzungen als Anfang der 60er Jahre, die den an sich hier im Blickpunkt stehenden Einfluß des Elternhauses mehr oder weniger relativieren.

Soziale Herkunft (Stellung des Vaters im Beruf)	Erfolgte Schüler in						
	Realschulen			Gymnasien			
	5.	9. ^a	10. ^a	5.	9.	10.	13.
	Klassenstufe in %						
Beamter	13	14	15	26	27	29	32
Angestellter	28	32	32	37	33	32	28
Arbeiter	35	28	25	12	9	8	7
Selbständig	19	22	22	15	18	19	19
Freiberuflich	3	4	5	8	11	12	13
Ohne Beruf und ohne Angabe	1	1	1	1	1	1	1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

a) einschließlich Realschulzugsklassen an Hauptschulen. Die Schüler der Realschulzugsklassen unterscheiden sich in ihrer Sozialstruktur kaum von den Realschülern

In den Realschulen und Gymnasien werden die Anteile der Beamtenkinder mit steigender Klassenstufe größer, die Anteile der Arbeiterkinder kleiner; bei den Angestelltenkindern zeigt sich ein Unterschied zwischen beiden Schularten: an der Realschule wächst ihr Anteil, je höher sie in der Schule aufsteigen, im Gymnasium sinkt er. Eine wichtige Aussage ist darüber hinaus, daß der Rückgang des Anteils der Arbeiterkinder von der 5. bis zur 10. Klassenstufe im Gymnasium (von 12% auf 8%) nur wenig stärker ist als in der Realschule (von 35% auf 25%). Der relative Rückgang betrug im Gymnasium ein Drittel und in der Realschule drei Zehntel. Nur leichte Strukturverschiebungen ergeben sich sowohl in der Realschule als auch im Gymnasium von der 9. zur 10. Klassenstufe, die nach der bisherigen Terminologie mit der "Mittleren Reife" abschließt.

Da die einzelnen Berufsstellungsgruppen - wie bereits erwähnt wurde - nicht homogen sind, wurde die Gruppe der Arbeiter und die der Selbständigen weiter differenziert. So wurde nach der beruflichen Stellung des Vaters als Facharbeiter, als Landarbeiter oder als sonstiger Arbeiter gefragt. Um alle Ergebnisse auszuscheiden, die mit einer zu hohen Unsicherheit behaftet sind, weil z. B. die Zahl der erfaßten Fälle zu gering ist, werden im Zusammenhang mit den einzelnen Arbeitergruppen nur die Ergebnisse der 4. und 5. Klassenstufe erwähnt. Trotz leichter Skepsis, ob in der Untersuchung die drei Arbeiterkategorien wirklich exakt gegeneinander abgegrenzt werden können, werden

2) Diskussionsbeiträge, Heft 2, März 1970, herausgegeben von H. I. Freytag und C. C. v. Weizsäcker

3) Aus dem Erlaß des Kultusministers vom 10. 9. 1970 - X P 4 - über die statistische Erhebung am 15. Oktober bzw. 15. November 1970 unter V. Zusatzerhebung über die Sozialstruktur der Schüler (Nachrichtenblatt des Kultusministers des Landes Schleswig-Holstein 1970, S. 308)

die nachstehenden Ergebnisse angeführt. Sie unterstützen zumindest die bisherige Aussage, daß es ein Bildungsgefälle zwischen den Sozialgruppen gibt.

Klassenstufe — Schulart	Schüler, deren Väter Arbeiter sind			
	ins- gesamt	davon		
		Fach- arbeiter	Land- arbeiter	sonstiger Arbeiter
in % aller erfaßten Schüler der entsprechenden Klassenstufe				
4. Klassenstufe	38	24	2,4	12
5. Klassenstufe	39	25	2,3	12
davon				
Hauptschule	53	30	4,0	18
Realschule	35	26	1,2	8
Gymnasium	12	10	0,2	2

Aus der Gruppe der Selbständigen konnten die selbständigen Landwirte herausgeschält werden. Rund ein Zehntel aller erfaßten Schüler hatte als berufliche Stellung des Vaters "selbständiger Landwirt" angegeben. Doch auch die Landwirte bilden keine homogene Gruppe, und die Bildungschancen variieren in Abhängigkeit von statusverändernden Faktoren, hier z. B. der Betriebsgröße. So ist, wie in einer Veröffentlichung über die "Ursachen und Probleme des Stadt-Land-Bildungsgefälles"⁴ angeführt wird, nicht zu bezweifeln, daß die Bildungschancen der Landwirtekinder mit der Betriebsgröße steigen. Wenn auch diese Feinheiten in der vorliegenden Untersuchung nicht herausgeholt werden konnten, so zeigt doch die Verteilung der Kinder von selbständigen Landwirten auf Schularten und Klassenstufen, daß ihr Anteil an allen erfaßten Schülern von Klassenstufe zu Klassenstufe fast konstant bleibt. Das deutet darauf hin, daß die nach der 4. Grundschulklasse gewählte Schulart auch bis zum Abschluß besucht wird.

Klassenstufe	Schüler, deren Väter selbständige Landwirte sind				
	ins- gesamt	davon			
		Grund- schule	Haupt- schule	Real- schule	Gymna- sium
in % aller erfaßten Schüler der entsprechenden Klassenstufe					
4.	9	9	.	.	.
5.	11	.	10	10	6
9.	10	.	11	11	6
10.	10	.	.	12	7
13.	7	.	.	.	7

Wenigstens in einer Tabelle soll gezeigt werden, daß die "überkommene Rollen-

verteilung zwischen den Geschlechtern"⁵ auch heute noch gilt. Von den 10- bis 19jährigen Einwohnern Schleswig-Holsteins waren Anfang 1970 48% Mädchen, in den Gymnasien insgesamt betrug der Mädchenanteil im Schuljahr 1969/70 44%. Unter den in der vorliegenden Untersuchung erfaßten Schülern der 10. Klassenstufe der Gymnasien waren 46% Mädchen und unter den Schülern der 13. Klassenstufe 43% Mädchen. Die folgende Tabelle zeigt, daß von den Schülern der 10. Klassenstufe 7,8% aus Arbeiterfamilien kamen (darunter 3,3% Mädchen) und von den Schülern der 13. Klassenstufe 7,3% (darunter 2,8% Mädchen). Es scheint weiterhin nicht zufällig zu sein, daß der Anteil der Mädchen, deren Väter selbständig sind, im Verhältnis zum Anteil der Jungen aus dieser Sozialschicht recht hoch ist. Vielleicht gilt in diesen Familien das Prinzip: der Sohn erhält eine betriebsgerechte Ausbildung und den väterlichen Betrieb, die Tochter wenigstens eine gute Schulausbildung.

Soziale Herkunft (Stellung des Vaters im Beruf)	10. Klassenstufe			13. Klassenstufe		
	ins- gesamt	davon		ins- gesamt	davon	
		männ- lich	weib- lich		männ- lich	weib- lich
in %						
Beamter	29,1	16,1	13,0	32,0	17,8	14,1
Angestellter	31,9	17,5	14,4	27,9	16,9	11,1
Arbeiter	7,8	4,5	3,3	7,3	4,5	2,8
Selbständig	18,8	9,1	9,6	18,6	9,5	9,1
Freiberuflich	11,5	6,6	4,9	12,9	7,2	5,7
Ohne Beruf und ohne Angabe	0,9	0,5	0,5	1,3	0,7	0,6
Insgesamt	100	54,3	45,7	100	56,7	43,3

Die bisherigen Aussagen beziehen sich alle auf das Schuljahr 1970/71. Da jedoch bereits für 1965 die Sozialstruktur der Schüler der 10. und der 13. Klassenstufe in Gymnasien vorliegt⁶ und diese Ergebnisse mit denen von 1970 ohne Einschränkung vergleichbar sind, läßt sich wenigstens für zwei Klassenstufen ein Zeitvergleich über ein Jahrzehnt anstellen. In diesem Zeitraum sind leichte Strukturveränderungen zu erkennen. So hat der Anteil der Schüler von Angestellten und Arbeitern zusammen an allen Schülern in der 10. Klassenstufe von 36% auf 40% und in der 13. Klassenstufe von 31% auf 35%, also jeweils um vier Punkte, zugenommen.

Die Frage, ob sich die Sozialstruktur der schleswig-holsteinischen Schüler von der in anderen Bundesländern oder zumindest von

5) siehe auch "Bildungsbericht '70", Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik, Bonn 1970, S. 31/32

6) Vergleiche: "Die soziale Herkunft der Schüler in Gymnasien" in Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 163/64 (Juli)

4) Von Claus Finzen, in "Berichte über Landwirtschaft", November 1970, S. 201 ff.

Soziale Herkunft (Stellung des Vaters im Beruf)	Erfasste Schüler in Gymnasien			
	10. Klassenstufe		13. Klassenstufe	
	1965	1970	1965	1970
	in %			
Beamter	32	29	36	32
Angestellter	30	32	27	28
Arbeiter	6	8	4	7
Selbständig	22	19	21	19
Freiberuflich	10	12	12	13
Ohne Beruf und ohne Angabe	.	1	.	1
Insgesamt	100	100	100	100

der im Bundesgebiet unterscheidet, ist bisher nicht erörtert worden. Sie ist auch nur befriedigend zu beantworten, wenn die gesamte Wirtschafts- und Sozialstruktur der zu vergleichenden Regionen berücksichtigt wird. Für das Bundesgebiet liegen Ergebnisse über die "Soziale Herkunft der Gymnasiasten 1965" vor. Sie sind im Bildungsbericht 1970 der Bundesregierung veröffentlicht und von der Methode her mit den entsprechenden Ergebnissen für Schleswig-Holstein vergleichbar. Schon im Hinblick auf einen "Hintergrundfaktor", nämlich die Struktur der über 40jährigen männlichen Erwerbstätigen, die vom Alter her als Väter der 16- bis 19jährigen Schüler in Frage kommen, zeigen sich jedoch Unterschiede zwischen dem Bundesgebiet und Schleswig-Holstein. Sie deuten zumindest an, daß die vorhandenen Unterschiede in der Sozialstruktur der Schüler der 10. und 13. Klassenstufe nicht allein auf "ungleiche Bildungschancen" zurückgeführt werden können. Der Anteil der über 40jährigen männlichen Arbeiter war z. B. im April 1966 - und diese Angaben passen annähernd zu der Schüler-individualerhebung im Mai 1965 - in Schleswig-Holstein mit 43,5% niedriger als im Bundesdurchschnitt mit 45,2%.

Soziale Herkunft (Stellung des Vaters im Beruf)	Erfasste Schüler in Gymnasien 1965			
	10. Klassenstufe		13. Klassenstufe	
	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet ¹	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet ¹
	in %			
Beamter	32	25	36	28
Angestellter	30	34	27	32
Arbeiter	6	10	4	6
Selbständig	22	20	21	18
Freiberuflich	10	9	12	12
Ohne Beruf und ohne Angabe	.	2	.	3
Insgesamt	100	100	100	100

1) Quelle: Bildungsbericht '70, Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik, Bonn 1970, Tabelle 8, S. 32 (aus Unterlagen des Statistischen Bundesamtes)

Während in allen bisherigen Tabellen und Aussagen nur die Grund- und Hauptschule, die Realschule sowie das Gymnasium angesprochen worden sind, enthält die folgende Aufstellung die Angaben für die Sonderschule. Da von den Sonderschülern nur ein Viertel aller Erhebungsbogen mit brauchbaren Eintragungen zurückgekommen ist, haben die folgenden Ergebnisse einen eingeschränkten Aussagewert. Sie geben lediglich einen groben, statistisch nicht abgesicherten Überblick über die Sozialstruktur der Schüler in Sonderschulen für Lernbehinderte.

Soziale Herkunft (Stellung des Vaters im Beruf)	Erfasste Schüler in Sonderschulen für Lernbehinderte ¹
	in %
Beamter	2
Angestellter	12
Arbeiter	78
Selbständig	5
Freiberuflich	1
Ohne Beruf und ohne Angabe	2
Insgesamt	100

1) einschließlich Sonderschulklassen an Grund- und Hauptschulen

In der statistischen Individualerhebung wurde die soziale Herkunft der Schüler allein an der Stellung des Vaters im Beruf gemessen. Für die Mutter wurde nur danach gefragt, ob sie berufstätig ist. Diese ausführliche Befragung nach der beruflichen Stellung des Vaters, ohne die berufliche Stellung der Mutter zu berücksichtigen, ist von einigen Müttern der in die Befragung einbezogenen Schüler kritisiert worden. Die Auswertung der Frage nach der Erwerbstätigkeit der Mutter ergab, daß etwa ein Viertel (26%) der Mütter aller erfaßten Schüler erwerbstätig ist, wobei sich kein wesentlicher Unterschied zwischen den erfaßten Klassenstufen (24% bis 29%) und auch kein größerer Unterschied zwischen den einzelnen Schularten (24% bis 28%) ergeben hat.

Erfasste Schüler der ... Klassenstufe	Schüler, deren Mütter erwerbstätig sind				
	Schul- arten ins- gesamt	davon			
		Grund- schule	Haupt- schule	Real- schule ¹	Gymna- sium
	in % aller erfaßten Schüler der entsprechenden Klassenstufe				
4.	24	24	.	.	.
5.	26	.	25	27	24
9.	29	.	29	29	28
10.	28	.	.	28	28
13.	27	.	.	.	27
Insgesamt	26	24	27	28	27

1) 9. und 10. Klassenstufe einschließlich Realschulzugklassen an Hauptschulen

Im Zusammenhang mit der erfragten Geschwisterzahl der Schüler konnte festgestellt werden, daß mit steigender Kinderzahl in der Familie der Anteil der erwerbstätigen Mütter abnimmt. So zeigt sich, daß z. B. im Durchschnitt 24% aller Mütter der in die Erhebung einbezogenen Grundschüler der 4. Klassenstufe erwerbstätig waren. In den Familien mit einem Kind waren dagegen 41%, in 2-Kinder-Familien 28%, in 3-Kinder-Familien 20% und in Familien mit 4 und mehr Kindern nur 16% der Mütter erwerbstätig. Die vorstehenden Ergebnisse dürfen, da sie sich nur auf einen kleinen Ausschnitt der in Schleswig-Holstein lebenden Familien beziehen, nicht als allgemein gültig angesehen werden. Sie sagen auch nichts aus über den Anteil der verheirateten Frauen, der erwerbstätig ist, da es sich ja um eine statistische Erhebung von Schulkindern gehandelt hat und Familien ohne Kinder überhaupt nicht einbezogen worden sind.

Da die Stellung des Vaters im Beruf als Indiz für die soziale Herkunft der Schüler wegen der heterogenen Zusammensetzung der einzelnen Berufsstellungsgruppen - wie eingangs erwähnt wurde - nicht problemlos ist, wurde zusätzlich nach der Schulbildung der Eltern, und zwar getrennt für den Vater und für die Mutter, gefragt. Die Frage lautete: Welche Schule ist von den Eltern zuletzt besucht worden, oder welche Schulbildung wurde abgeschlossen? Der Antwortkatalog umspannte den Bereich von der Volksschule bis zur abgeschlossenen Hochschulbildung einschließlich der Berufsfach- und Fachschulabschlüsse. Um eine Vorstellung von der Grundstruktur des statistischen Materials zu erhalten, wurden zunächst die Angaben über

die Schulbildung des Vaters für die erfaßten Schüler der 4., 5. und 9. Klasse aller Schularten - genau wie bei dem statistischen Material über die Stellung des Vaters im Beruf - zusammengestellt. Diese Ergebnisse wurden unter Einbeziehung der Unterlagen über die schulische Vorbildung der Bevölkerung aus der Volkszählung 1961 und mit Hilfe der Angaben über die erreichten Schulabschlüsse aus den für einen längeren Zeitraum vorliegenden Ergebnissen der jährlichen Schulstatistik überprüft. Danach sind die aus der Individualerhebung gewonnenen Ergebnisse wirklichkeitgerecht und plausibel. Obgleich es weitgehend bekannt ist, überrascht es doch, daß in der Elterngeneration der jetzigen Schüler sieben Zehntel der Väter nur Volksschulbildung aufzuweisen haben.

Die Frage ist nun, ob die Sozialstruktur der Schüler, gemessen an der schulischen Vorbildung ihrer Väter, in den einzelnen Schularten der allgemeinbildenden Schulen unterschiedlich aussieht. Um diese Frage zu beantworten, wurden zunächst die Ergebnisse der 5. Klassenstufe untersucht.

Schulbildung des Vaters	Erfasste Schüler der		
	4.	5.	9.
	Klassenstufe ¹		
	in %		
Volksschule ²	70	71	68
Realschulabschluß ³	12	12	12
Berufsfach- oder Fachschulabschluß	6	7	7
Abschluß einer Ingenieurschule	1	1	2
Abitur	5	5	6
Abgeschlossene Hochschulbildung	3	3	3
Sonstige Ausbildung	2	3	3
Insgesamt	100	100	100

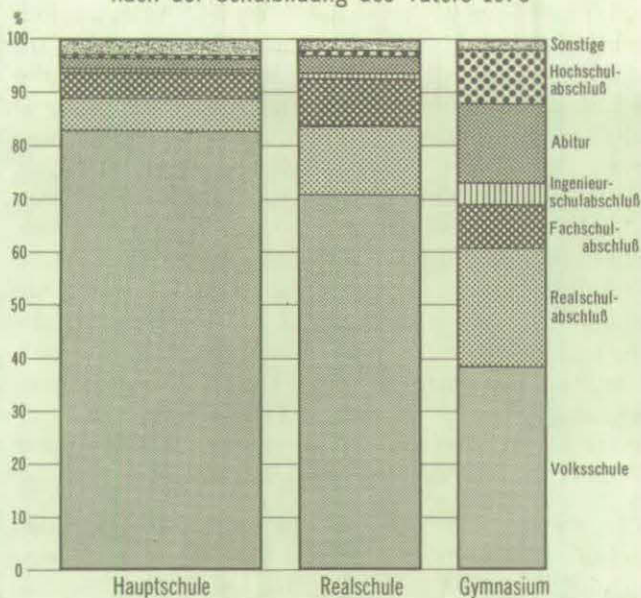
- 1) 4. Klassenstufe = Grundschule
 5. Klassenstufe = Hauptschule, Realschule und Gymnasium
 9. Klassenstufe = Hauptschule, Realschule (einschließlich Realschulzugsklassen an Hauptschulen) und Gymnasium
- 2) einschließlich Realschule ohne Abschluß und Gymnasium bis einschließlich 9. Klassenstufe
- 3) einschließlich Gymnasium mit Versetzung nach Obersekunda

Schulbildung des Vaters	Erfasste Schüler der 5. Klassenstufe			
	davon			
	insgesamt	Haupt- schule	Real- schule	Gymna- sium
	in %			
Volksschule ¹	71	84	71	39
Realschulabschluß ²	12	6	13	23
Berufsfach- oder Fachschulabschluß	7	5	9	8
Abschluß einer Ingenieurschule	1	0,5	1	4
Abitur	5	2	3	15
Abgeschlossene Hochschulbildung	3	0,5	0,8	10
Sonstige Ausbildung	3	3	2	2
Insgesamt	100	100	100	100

- 1) einschließlich Realschule ohne Abschluß und Gymnasium bis einschließlich 9. Klassenstufe
- 2) einschließlich Gymnasium mit Versetzung nach Obersekunda

Die Aufgliederung der 5. Klassenstufe zeigt, daß die Schulart, die ein Schüler besucht, weitgehend davon bestimmt wird, welchen Bildungsstand sein Vater erreicht hat. Noch deutlicher kommt diese Korrelation zum Ausdruck, wenn die entsprechende Anteilsrechnung für einzelne aufsteigende Klassenstufen des Gymnasiums durchgeführt wird. Dabei fällt auf, daß die Strukturverschiebungen von Klassenstufe zu Klassenstufe innerhalb des Gymnasiums jedoch weniger groß sind, als die Strukturverschiebungen von der 4. Grundschulklasse zur 5. Klassenstufe der weiterführenden Schulen. Offenbar werden, was durchaus noch den heutigen Vorstellungen

Die Schüler im 5. Schuljahr nach der Schulbildung des Vaters 1970



entsprechen dürfte, die entscheidenden Weichen für den Schuldurchlauf beim Übergang vom 4. zum 5. Schuljahr gestellt. Der Vater wird im allgemeinen bestrebt sein, seinen Kindern, vor allem den Söhnen, eine mindestens seinem eigenen Schulabschluß entsprechende Schulbildung zukommen zu lassen. Je höher seine Schulbildung ist, desto größer ist die Chance seines Kindes, das Gymnasium zu absolvieren und damit den Schulbildungsstand des Vaters zu halten oder zu übertreffen.

Schulbildung des Vaters	Erfasste Schüler der			
	5. 9. 10. 13.			
	Klassenstufe des Gymnasiums			
	in %			
Volksschule ¹	39	34	32	30
Realschulabschluss ²	23	20	21	20
Berufsfach- oder Fachschulabschluss	8	10	9	9
Abschluß einer Ingenieurschule	4	4	4	4
Abitur	15	20	21	21
Abgeschlossene Hochschulbildung	10	10	10	15
Sonstige Ausbildung	2	2	2	2
Insgesamt	100	100	100	100

1) einschließlich Realschule ohne Abschluß und Gymnasium bis einschließlich 9. Klassenstufe

2) einschließlich Gymnasium mit Versetzung nach Obersekunda

Wenn vermutlich auch gegenwärtig noch der Sozialstatus einer Familie und damit auch die soziale Herkunft der Schüler nach außen weitgehend an der sozialen Stellung des Vaters im Beruf gemessen werden, so ist doch innerhalb der Familie neben dem Bildungsgrad des Vaters der der Mutter von Bedeutung. Die in die Untersuchung einbe-

zogenen Schüler der 5. Klassenstufe der allgemeinbildenden Schulen, differenziert nach dem erreichten Schulabschluß der Mutter, zeigen - grob gemessen - eine ähnliche Struktur bei den einzelnen Schularten, als wenn sie nach dem Bildungsgrad des Vaters aufgegliedert sind, allerdings mit dem Unterschied, daß das Bildungsniveau der Mütter insgesamt niedriger ist als das der Väter; nahezu acht Zehntel aller Mütter von Schülern, die heute ungefähr 10 oder 11 Jahre alt sind, haben lediglich eine Volksschulbildung.

Schulbildung der Mutter	Erfasste Schüler der 5. Klassenstufe			
	davon			
	insgesamt	Haupt-schule	Real-schule	Gymna-sium
	in %			
Volksschule ¹	77	89	79	48
Realschulabschluss ²	13	6	13	29
Berufsfach- oder Fachschulabschluss	5	3	7	9
Abschluß einer Ingenieurschule	0,0	0,0	0,0	0,1
Abitur	2	0,6	0,9	8
Abgeschlossene Hochschulbildung	0,8	0,2	0,2	3
Sonstige Ausbildung	1	1	1	1
Insgesamt	100	100	100	100

1) einschließlich Realschule ohne Abschluß und Gymnasium bis einschließlich 9. Klassenstufe

2) einschließlich Gymnasium mit Versetzung nach Obersekunda

Sinnvoll wäre es jetzt festzustellen, wie sich der Einfluß des Bildungsstandes beider Elternteile auf die Schulwahl der Kinder auswirkt. Das vorliegende Untersuchungsmaterial gibt darüber nur sehr grob Auskunft, und zwar lediglich unter dem Aspekt: abgeschlossene Hochschulbildung oder ohne Hochschulabschluss. So haben von den erfassten Schülern der 4. Grundschulklasse 97% der Eltern beide keine abgeschlossene Hochschulbildung. Wenn man noch einmal einen Blick auf die vorhergehenden Aufstellungen wirft, überrascht diese Aussage überhaupt nicht. Noch extremer sieht das Ergebnis für die Hauptschulen und für die Realschulen aus: 99% der erfassten Schüler haben Eltern ohne

Abgeschlossene Hochschulbildung	Erfasste Schüler der			
	5. 9. 10. 13.			
	Klassenstufe des Gymnasiums			
	in %			
Vater und Mutter	3	2	3	3
nur Vater	7	8	8	12
nur Mutter	0,6	0,7	0,7	0,9
weder Vater noch Mutter	90	89	89	84
Insgesamt	100	100	100	100

Hochschulabschluß. Lediglich für die Gymnasiasten lohnt es, eine derartige Kombinationstabelle aufzustellen, wobei die Ausbildung des Vaters bestimmend ist und bei den aufsteigenden Klassenstufen immer mehr durchschlägt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß zwischen der sozialen Herkunft der Schüler und der von ihnen besuchten Schulart eine Beziehung besteht. Wenn der Sozialstatus des Elternhauses der Schüler an der Stellung des Vaters im Beruf gemessen wird, so zeigt sich, daß es ein Bildungsgefälle zwischen den Sozialschichten gibt. So ist z. B. der Anteil der Arbeiterkinder im Gymnasium wesentlich niedriger als in der Hauptschule, der Anteil der Beamten- und Angestelltenkinder dagegen beträchtlich höher. Die Stellung des Vaters im Beruf kann aber heute wegen der heterogenen Zusammensetzung der einzelnen Berufsstellungsgruppen kein einwandfreies Indiz mehr für den Sozialstatus der Familie sein. Eine bessere Bestimmungsgröße für die soziale Herkunft der Schüler ist der erreichte Schulabschluß der Eltern, vor allem des Vaters. Die Eltern der heutigen Schülergeneration haben aber, was nicht übersehen werden darf, zu einem hohen Anteil - etwa 70% der Väter und sogar 80% der Mütter - nur Volksschulbildung. Aus dem Umstand, daß Kinder von Vätern mit Volksschulbildung nennenswerte Anteile unter den Realschülern und Gymnasiasten bilden, und entsprechend Kinder von Vätern mit Realschulabschluß unter den Gymnasiasten, ergibt sich der Aufstiegswille der heutigen Elterngeneration, insbesondere die Tendenz, den Kindern möglichst eine höhere als die eigene Schulbildung zukommen zu lassen. Hierbei darf jedoch nicht übersehen werden, daß soziale Umschichtungen nur langsam vor sich gehen und erst langfristig zu entscheidenden

Strukturveränderungen führen. Darüber dürfen auch positive Teilergebnisse, wie z. B. der steigende Anteil der Schüler, die in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein von den Gymnasien aufgenommen worden sind, nicht hinwegtäuschen. Daß sich aber in einer Zeit aktiver Bildungsforschung - Bildungsplanung - Bildungspolitik Strukturwandlungen im Sinne einer "höheren durchschnittlichen Schulbildung" der Bevölkerung wesentlich schneller vollziehen als in der Vergangenheit, ist zu erwarten.

Methodische Anmerkung:

In die Erhebung wurden die folgenden Mengen von Schülern der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen Schleswig-Holsteins im Schuljahr 1970/71 einbezogen:

	Klassenstufe	Schüler		Ist in % von Soll
		Soll ¹	Ist ²	
Grundschule	4.	29 630	24 862	84
Hauptschule	5.	16 330	13 588	83
	9.	11 465	10 042	88
Realschule ³	5.	8 863	8 157	92
	9.	7 924	6 911	87
	10.	6 637	6 111	92
Gymnasium	5.	6 699	5 889	88
	9.	5 541	4 769	86
	10.	5 407	4 666	86
	13.	3 187	2 796	88
Insgesamt		101 683	87 791	86
Außerdem: Sonderschule für Lernbehinderte (einschließlich Sonderschulklassen an Grund- und Hauptschulen)		14 980	3 730	25

1) nach der Schulstatistik vom 15. 10. 1970 (vorläufige Ergebnisse)

2) in die Individualerhebung einbezogen

3) 9. und 10. Klassenstufe einschließlich Realschulzugklassen an Hauptschulen

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

= = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

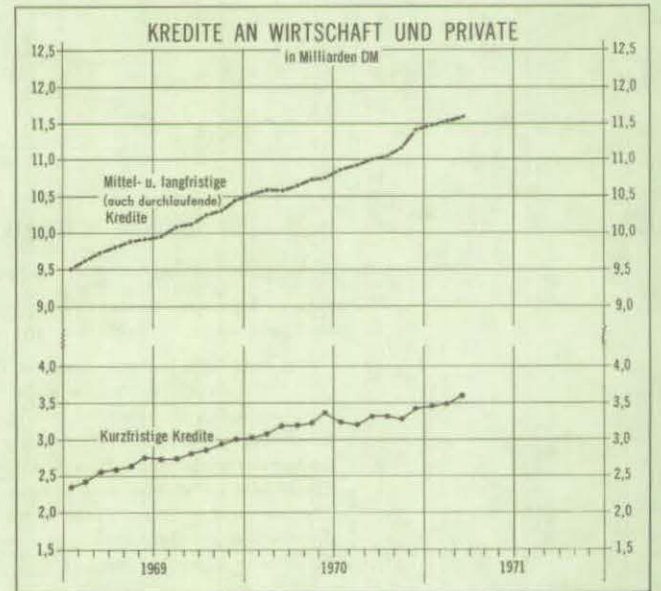
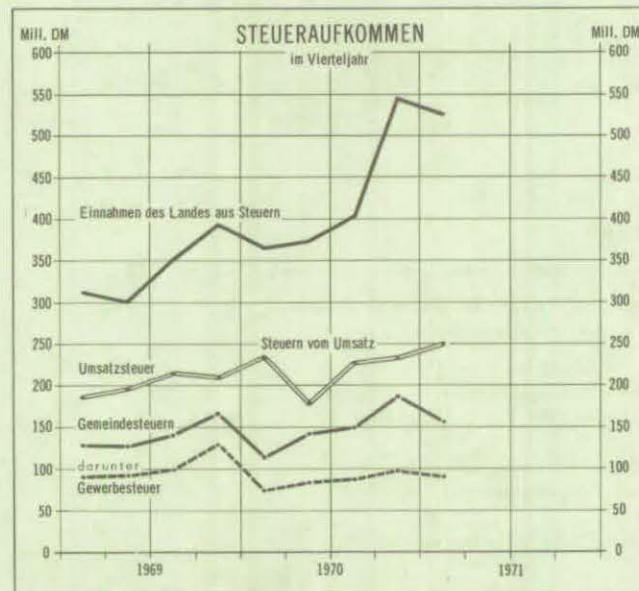
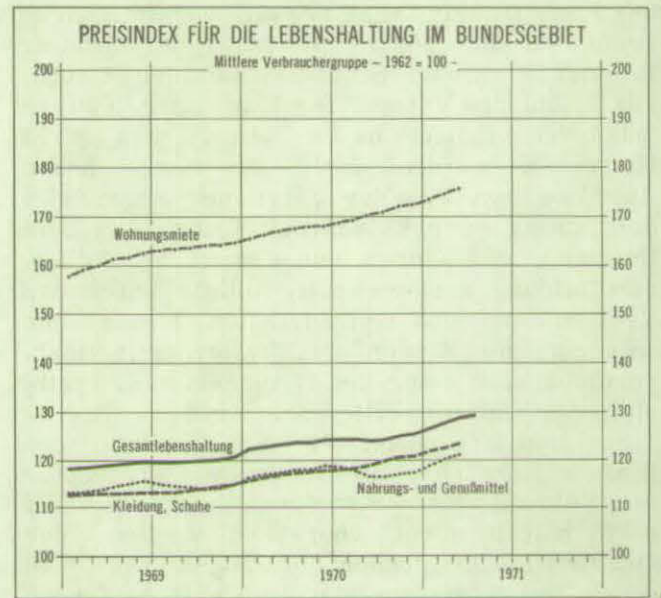
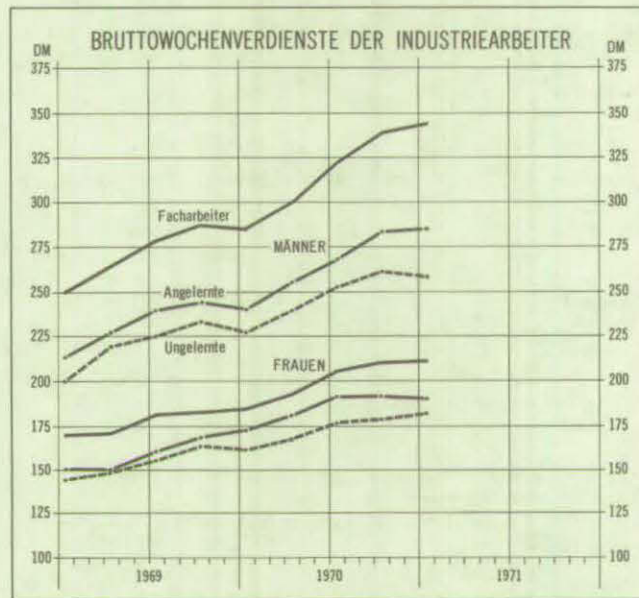
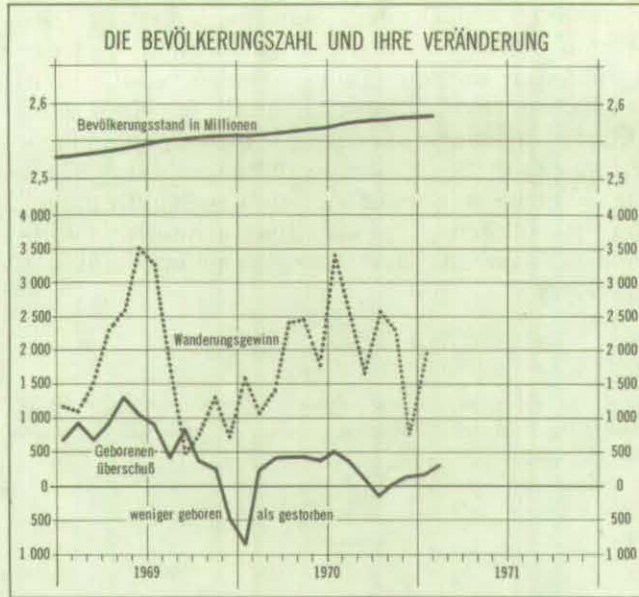
oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.



Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Gebiet und Bevölkerung

Ausländer 1970	1/15
Geburtenrückgang	4/71
Urlaub in Schleswig-Holstein	3/51

Gesundheitswesen

Unfälle mit Todesfolge	3/53
----------------------------------	------

Erwerbstätigkeit

Erwerbstätige 1970	1/10
------------------------------	------

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Betriebsgrößen Landwirtschaft	2/26
Getreide- und Ölfruchternte 1970	2/28
Handelsdünger	3/56

Industrie und Handwerk

Industrie 1970	2/43
Investitionen Handwerk 1967	3/60

Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Wohngeld 1969 und 1970	2/39
Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen	2/33

Verkehr

Binnenschifffahrt 1968	4/86
Nord-Ostsee-Kanal	4/82

Öffentliche Finanzen

Gemeindefinanzreform 1970	3/64
Gewerbesteuer 1966 (Teil 1)	1/2
Lohnsteuer 1968	4/73
Vermögensmillionäre 1969	4/91
Versorgungsempfänger	2/46

Reise

Baulandumsatz 1962—1969	1/17
-----------------------------------	------



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

23. Jahrgang . Heft 5/6 . Mai/Juni 1971

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

		1965	1970	1970			1970/71			
			Monats- durchschnitt	Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.	März
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 423	2 567 ⁺	2 558	2 559	2 561
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen	Anzahl	1 785	1 548	971	1 066	1 569	1 452	946
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	7,2	4,5	5,4	7,2	6,6	4,3
*Lebendgeborene	Anzahl	3 726	2 930	3 025	2 898	3 276	2 928	2 921
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	18,5	13,7	13,9	14,8	15,1	13,3	13,3
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 495	2 749	3 868	2 640	2 849	2 776	2 748
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,4	12,8	17,8	13,5	13,1	12,7	12,5
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	75	65	70	65	82	62	55
*	je 1 000 Lebendgeborene	20,2	22,2	23,1	22,4	25,0	21,2	18,8
*Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Anzahl	1 231	181	- 843	258	427	152	173
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,1	0,8	- 3,9	1,3	2,0	0,7	0,8
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 694	8 382	7 582	6 242	7 358	7 277
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 151	6 381	5 983	5 172	5 940	6 519
*Wanderungsgewinn	Anzahl	1 543	2 001	1 599	1 070	1 418	758
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	9 641	9 788	10 261	8 642	8 717	9 965
Wanderungsfälle	Anzahl	23 487	24 551	23 826	20 056	22 015	23 761
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	164	161	157	146	141	154
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	8	8	15	15	12	10	14	13	10
darunter *Männer	1 000	6	5	11	10	8	5	9	7	6
Offene Stellen	1 000	19	24	19	23	26	18	19	23	25
darunter für Männer	1 000	10	15	11	13	15	12	12	14	15
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 379 ^a	1 407 ^a	.	.	.	1 407 ^a	.	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	505 ^a	496 ^a	.	.	.	496 ^a	.	.	.
*Schweine	1 000	1 701 ^a	1 774 ^a	.	.	1 673	1 774 ^a	.	.	1 704
darunter *Zuchtsauen	1 000	169 ^a	183 ^a	.	.	176	183 ^a	.	.	178
darunter *trächtig	1 000	103 ^a	112 ^a	.	.	109	112 ^a	.	.	111
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	21	34	30	29	30	36	35	28	33
*Kälber	1 000 St.	3	3	3	3	4	3	3	3	4
*Schweine	1 000 St.	156 ^b	200 ^c	204	176	195	226	230	198	209
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	11	9	17	14	10	18	20	15	12
*Schlachtungsmengen²⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	17,7	25,9	24,6	21,6	24,0	27,3	25,9	21,7	24,2
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	4,8	8,3	7,1	6,8	7,0	8,3	8,3	6,6	8,0
*Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
*Schweine	1 000 t	12,6	17,4	17,3	14,6	16,7	18,7	17,4	14,8	16,0
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	238	241	243	245	241	239	245	242	244
Kälber	kg	61	61	61	61	61	60	59	62	63
Schweine	kg	87	91	93	90	90	90	83	81	81
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ³⁾										
*für Legehennenküken	1 000	523	497	442	606	771	166	566	659	764
*für Masthühnerküken	1 000	403	911	844	850	843	923	709	486	867
*Geflügelfleisch ⁴⁾	1 000 kg	302	803	743	679	923	885	813	619	828
*Milcherzeugung										
1 000 t		169	178	184	177	224	161	173	168	210
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	90	92	90	91	91	90	91	91	92
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,6	11,4	12,2	13,9	10,2	11,4	12,2	13,7

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) vorläufiges Ergebnis (Fortschreibung der Wohnbevölkerung auf den 26. 5. 1970 = Tag vor der Volkszählung)

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

2) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

3) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

4) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1965/66 = 18

c) Winterhalbjahr 1970/71 = 16

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1970/71			
		Monats- durchschnitt			Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.
Industrie und Handwerk										
Industrie⁵⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	178	191	188	189	190	192	191	191	191
darunter *Arbeiter 6)	1 000	140	145	143	144	145	144	143	144	144
*Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	23	24	23	24	24	24	23	23	25
*Löhne (brutto)	Mill. DM	98,8	157,2	136,3	133,2	143,7	181,4	160,8	154,4	167,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	37,5	66,6	59,5	59,7	61,2	83,1	72,5	69,1	70,7
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁷⁾	54	33	36	31	37	34	29	26	30
*Gasverbrauch	1 000 cbm	8 869 ^{d)}	23 914	23 114	23 064	23 467	26 511	28 269	28 417	28 818
*Heizölverbrauch	1 000 t	77	95	101	89	90	107	102	101	118
*Stromverbrauch	Mill. kWh	118	157	146	144	150	160	156	157	169
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	37	42	37	35	38	35	34	36
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁸⁾	Mill. DM	746	1 070	919	885	1 025	1 194	984	1 077	1 261
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	92	144	121	115	196	142	124	133	226
Produktionsindex (ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Energieversorgung)	1962=100	116	162	140	154	166	157	165	173	168
Steine und Erden		115	144	33	46	80	138	68	121	118
Eisen-, Stahl- und Temperguß		114	123	127	134	136	100	121	104	111
Chemische Erzeugnisse		209	455	314	432	590	316	627	558	515
Papiere und Pappen		110	147	141	144	135	126	129	146	136
Stahlbauerzeugnisse		120	191	171	178	178	193	198	191	178
Maschinenbauerzeugnisse		108	140	126	128	134	163	140	143	133
Wasserfahrzeuge		110	152	145	165	162	150	155	153	169
Elektrotechnische Erzeugnisse		121	287	239	322	300	303	303	383	336
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		130	136	83	93	142	162	109	146	143
Eisen-, Blech- und Metallwaren		141	208	(179)	(186)	(189)	(191)	200	205	186
Druckereierzeugnisse		115	252	205	222	277	262	270	266	282
Textilien		110	115	117	116	119	103	122	133	129
Bekleidung		101	106	105	123	128	84	114	112	109
Süßwaren		109	83	95	92	87	61	88	102	82
Milch und Milcherzeugnisse		109	119	121	122	147	113	125	116	131
Fleisch und Fleischerzeugnisse		134	188	190	165	194	193	188	195	194
außerdem Produktionsindex für die Bauindustrie		107	126	46	49	85	116	83	121	102
Handwerk (Meßziffern)⁹⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	96	.	.	96	96
*Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Vj. -D 1962=100	.	151	.	.	111	195
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1962=100	.	155	.	.	112	208
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	141	219	203	219	226	294	356	310	363
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	279	449	499	448	464	537	554	488	537
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	20	16	25	22	22	23	27	22	25
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe¹⁰⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	67 971	62 480	60 312	60 195	60 811	61 784	60 962	60 498	61 432
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 534	8 238	3 132	3 157	5 373	7 739	5 019	7 325	7 046
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 960	3 414	1 251	1 316	2 319	3 349	2 227	3 181	2 962
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 978	3 616	1 253	1 166	2 102	3 310	1 818	2 735	2 690
*Löhne (brutto)	Mill. DM	50,0	66,1	22,4	21,9	38,6	69,8	41,9	58,7	56,1
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	4,1	7,0	6,2	6,3	6,2	10,1	7,2	6,9	7,2
*Umsatz (ab 1970 ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	147,6	176,7	101,7	82,0	94,4	372,1	119,1	134,0	162,3

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts

8) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

10) nach der Totalerhebung hochgerechnet

d) ohne Erdgas und Erdölgas

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1970/71			
			Monats- durchschnitt	Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.	März
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 100	884	507	567	863	468	504	698	1 054
darunter *Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	...	787	444	488	734	417	450	621	909
*umbauter Raum	1 000 cbm	934	911	527	659	945	441	576	898	1 290
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	95 521	115 158	62 325	76 154	116 230	59 800	77 273	123 120	175 145
*Wohnfläche	1 000 qm	171	174	100	125	175	85	110	179	241
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	169	181	128	91	194	132	117	114	168
*umbauter Raum	1 000 cbm	461	794	568	475	980	745	481	350	833
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	33 344	75 158	44 941	39 800	75 685	73 467	37 917	36 494	112 011
*Nutzfläche	1 000 qm	89	142	101	90	169	117	87	64	143
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 535	2 357	1 408	1 684	2 251	1 095	1 562	2 442	3 460
Baufertigstellungen										
Wohnungen	Anzahl	2 447	1 837	268	550	632	12 074	718	749	866
Wohnräume ¹¹⁾	Anzahl	10 214	7 782	1 287	2 425	2 463	51 469	3 100	3 116	3 749
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	113,3	180,5	155,9	153,1	234,0	199,4	152,4	172,9	275,7
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	12,2	23,8	21,1	19,5	27,7	28,9	19,3	25,5	37,1
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	101,1	156,7	134,8	133,7	206,3	170,4	133,1	147,4	238,5
davon *Rohstoffe	Mill. DM	2,9	3,9	3,8	4,2	3,9	3,3	3,3	3,8	4,3
*Halbwaren	Mill. DM	9,3	12,8	14,8	9,7	12,3	14,7	10,4	12,4	16,0
*Fertigwaren	Mill. DM	88,9	140,1	116,2	119,7	190,2	152,5	119,4	131,1	218,2
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	5,9	14,3	11,8	12,6	13,2	15,6	12,6	15,1	16,2
*Enderzeugnisse	Mill. DM	82,9	125,8	104,4	107,1	177,0	136,9	106,8	116,0	202,1
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	25,8	54,2	46,8	50,4	58,1	65,2	50,8	54,1	71,5
darunter Italien	Mill. DM	6,6	14,8	11,4	12,7	16,4	17,4	11,3	11,2	17,8
Niederlande	Mill. DM	9,0	18,9	17,2	17,3	20,0	20,7	15,5	21,0	23,6
*EFTA-Länder	Mill. DM	43,9	55,3	35,9	43,8	101,7	53,0	39,0	47,9	63,8
darunter Dänemark	Mill. DM	9,6	11,2	10,3	7,8	8,8	15,4	12,4	14,2	24,8
Großbritannien	Mill. DM	5,2	12,7	6,0	13,9	65,2	7,3	4,3	9,0	7,6
Norwegen	Mill. DM	12,7	8,5	3,9	3,0	3,6	7,3	2,7	3,2	4,4
Schweden	Mill. DM	6,8	8,8	5,9	8,2	10,0	8,9	6,7	6,3	9,8
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	19 951	32 072	27 449	29 216	39 605	26 966	30 015	30 876	36 576
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 510	36 673	36 121	32 540	36 157	37 393	34 739	34 660	37 801
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
Fremdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	160	189	58	63	102	67	61	69	91
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	20	6	6	13	9	6	7	10
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 073	1 514	197	212	374	222	216	233	336
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	41	12	13	24	18	13	14	19
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	867	1 329	1 163	962	1 269	1 253	1 036
Güterversand	1 000 t	415	547	479	463	558	518	559
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	217	259	165	148	207	315	207	232	261
*Güterversand	1 000 t	354	373	113	93	275	354	178	348	379
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 806	7 817	4 868	6 578	9 462	7 152	5 865	7 617	...
darunter										
Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	13	24	5	6	23	11	5	29	...
*Personenkraftwagen 12)	Anzahl	4 982	6 925	4 309	5 916	8 503	6 386	5 195	6 837	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	393	502	347	369	533	466	398	447	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 044	1 404	877	1 025	1 076	1 594	1 102	p 1 025	p 1 151
*Getötete Personen	Anzahl	56	74	39	46	51	84	68	p 56	p 51
*Verletzte Personen	Anzahl	1 403	1 933	1 167	1 386	1 507	2 200	1 484	p 1 398	p 1 551

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

12) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1970/71				
		Monats- durchschnitt			Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.	März
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen¹³⁾											
*Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	8 273	16 502	14 918	15 035	15 234	16 502	16 602	16 684	16 899	
*kurzfristige Kredite (ab Dezember 1968; bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	2 076	3 469	3 059	3 093	3 215	3 469	3 506	3 522	3 648	
darunter											
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 047	3 426	3 024	3 068	3 184	3 426	3 460	3 485	3 618	
*mittelfristige Kredite ¹⁴⁾ (ab Dezember 1968; 1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	661	1 343	1 073	1 087	1 099	1 343	1 331	1 327	1 344	
darunter											
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	607	1 277	1 027	1 042	1 054	1 277	1 262	1 260	1 272	
*langfristige Kredite ¹⁴⁾ darunter	Mill. DM	5 536	11 690	10 787	10 855	10 920	11 690	11 765	11 835	11 907	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 689	10 152	9 483	9 537	9 515	10 152	10 205	10 271	10 331	
*darunter durchlaufende Kredite	Mill. DM	
*Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)											
*Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	5 053	11 288	10 168	10 312	10 188	11 288	11 413	11 511	11 460	
*Sicht- und Termingelder darunter	Mill. DM	1 875	5 478	4 828	4 915	4 789	5 478	5 566	5 602	5 518	
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 573	3 870	3 345	3 400	3 306	3 870	3 954	3 958	3 927	
*Spareinlagen darunter	Mill. DM	3 178	5 810	5 340	5 397	5 399	5 810	5 846	5 909	5 942	
*bei Sparkassen	Mill. DM	2 123	3 686	3 409	3 448	3 454	3 686	3 697	3 735	3 749	
*Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	Mill. DM	153	294	381	292	261	353	414	303	300	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	125	274	328	235	259	349	381	240	267	
*Zinsgutschriften	Mill. DM	9	24	3	0	0,1	281	3,5	0,1	0,1	
Zahlungsschwierigkeiten											
*Konkurse	Anzahl	8	12	7	12	12	19	10	17	14	
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	-	1	1	3	2	1	2	
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	778	449	392	345	369	415	341	297	367	
*Wechselsumme	Mill. DM	0,935	1,136	0,878	0,599	0,626	1,170	0,938	0,684	1,020	
Steuern											
*Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	150 208	224 810	182 796	153 898	267 487	403 370	246 294	196 872	292 377	
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	97 072	152 308	86 861	74 683	210 318	295 024	132 970	109 234	235 435	
*Lohnsteuer	1 000 DM	43 631	97 946	79 630	71 387	65 868	141 463	121 698	101 298	86 115	
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	41 819	40 050	374	- 1 289	113 969	119 087	8 086	6 240	118 536	
*nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 011	1 613	1 767	602	574	2 259	1 683	1 566	1 617	
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	10 612	12 699	5 090	3 983	29 908	32 214	1 504	130	29 166	
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	53 136	72 265	95 936	79 215	57 169	82 817	103 965	87 638	56 943	
*Umsatzsteuer	1 000 DM	48 411	52 564	77 773	59 501	33 326	60 759	86 215	69 143	38 793	
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	4 725	19 701	18 163	19 714	23 843	22 059	17 750	18 495	18 150	
*Bundessteuern	1 000 DM	67 743	84 313	51 474	85 407	81 002	108 237	58 108	68 324	120 495	
*Zölle	1 000 DM	7 074	8 419	12 829	3 116	7 396	8 899	8 236	7 501	14 538	
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	55 308	70 830	35 384	77 229	65 825	91 373	46 182	55 519	97 967	
*Mineralölsteuer	1 000 DM	8 189	2 638	1 492	3 498	3 137	3 583	1 306	2 478	2 152	
*Landessteuern	1 000 DM	17 226	24 387	23 148	28 718	20 584	21 064	23 212	32 242	25 537	
*Vermögensteuer	1 000 DM	2 921	5 607	2 897	10 812	1 716	2 201	1 644	13 036	2 694	
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	8 835	13 205	15 147	11 893	13 601	13 074	16 301	13 115	16 509	
*Biersteuer	1 000 DM	721	988	878	600	491	1 007	966	460	953	
*Gemeindesteuern	1 000 DM	105 110 ⁺	125 325 ⁺	.	.	113 478 ^{e)}	.	.	.	129 211 ^{e)}	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	68 004 ⁺	74 721 ⁺	.	.	65 077 ^{e)}	.	.	.	78 627 ^{e)}	
*Grundsteuer A	1 000 DM	7 240 ⁺	7 232 ⁺	.	.	7 711 ^{e)}	.	.	.	5 938 ^{e)}	
*Grundsteuer B	1 000 DM	16 037 ⁺	21 027 ⁺	.	.	20 234 ^{e)}	.	.	.	21 208 ^{e)}	
*Einnahmen des Bundes	1 000 DM	154 810	202 059	156 459	173 292	213 591	308 248	192 964	176 760	263 747	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

13) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postcheckkämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar

14) einschließlich durchlaufender Kredite

e) 1.1. - 31.3.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1970/71				
		Monats- durchschnitt			Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.	März
noch: Steuern											
*Einnahmen des Landes	1 000 DM	76 440	140 434	114 786	103 793	146 628	301 327	167 369	204 970	186 518	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	59 214	69 857	37 830	32 434	92 571	219 901	57 400	75 794	108 690	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	-	41 334	53 808	42 640	33 473	47 597	82 077	68 228	46 992	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	4 855	-	-	-	12 764	4 679	-	-	
*Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	105 110 ⁺	147 429 ⁺	-	-	113 478 ^e	-	-	-	156 655 ^e	
*Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	59 525 ⁺	-	-	-	-	-	-	63 174 ^e	
Preise											
Preisindexziffern im Bundesgebiet											
Einkaufspreise für Auslandsüter	1962=100	106,3	107,2	107,5	108,0	109,0	106,5	107,9	108,2	109,7	
Verkaufspreise für Ausfuhrüter	1962=100	104,8	116,6	115,0	115,4	115,6	118,3	119,9	120,9	121,5	
Grundstoffpreise 15)	1962=100	105,9	104,3	104,7	105,0	105,4	103,4	104,0	104,1	105,1	
Erzeugerpreise											
industrieller Produkte 15)	1962=100	104,0	107,5	105,8	106,3	106,6	109,6	110,9	111,5	112,0	
landwirtschaftlicher Produkte 15)	1961/63=100	114,1 ⁺	106,2 ^g	106,4	106,4	107,6	96,0 ^p	96,8 ^p	96,0 ^p	97,3 ^p	
Preisindex für Wohngebäude											
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	114,6	147,4	.	140,8	.	.	.	155,8	.	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 15)											
Einzelhandelspreise	1962/63=100	107,7 ^f	105,8 ^g	105,4	106,9	107,7	109,5	110,5	111,8	112,6	
Einzelhandelspreise	1962=100	104,6	112,5	111,0	111,3	111,9	114,1	115,3	116,2	117,0	
Preisindex für die Lebenshaltung 16)											
darunter	1962=100	109,0	123,7	122,1	122,5	123,0	125,2	126,6	127,7	128,7	
Nahrungs- und Genußmittel		109,0	117,4	116,5	116,9	117,4	117,2	118,8	120,2	121,1	
Kleidung, Schuhe		107,1	118,0	115,7	116,1	116,8	120,7	121,7	122,5	123,4	
Wohnungsmieten		118,5	168,5	165,2	166,0	166,6	172,2	173,3	174,4	175,7	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		106,1	124,4	123,2	123,4	123,3	128,1	129,5	130,3	130,6	
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		106,2	114,1	111,6	112,0	112,7	116,6	117,4	118,1	118,8	
Löhne und Gehälter 17)											
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau											
Bruttowochenverdienste											
*männliche Arbeiter	DM	211	297	265	.	.	.	322	.	.	
darunter Facharbeiter	DM	224	318	295	.	.	.	344	.	.	
*weibliche Arbeiter	DM	125	178	165	.	.	.	185	.	.	
Bruttostundenverdienste											
*männliche Arbeiter	DM	4,58	6,55	5,92	.	.	.	7,15	.	.	
darunter Facharbeiter	DM	4,88	6,98	6,29	.	.	.	7,60	.	.	
*weibliche Arbeiter	DM	3,00	4,32	4,06	.	.	.	4,59	.	.	
Bezahlte Wochenarbeitszeit											
*männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,3	44,9	.	.	.	45,0	.	.	
*weibliche Arbeiter	Std.	41,5	41,2	40,8	.	.	.	40,4	.	.	
Geleistete Wochenarbeitszeit											
*männliche Arbeiter	Std.	42,3	41,3	40,6	.	.	.	40,9	.	.	
*weibliche Arbeiter	Std.	37,4	36,8	36,9	.	.	.	35,8	.	.	
Angestellte, Bruttomonatsverdienste											
in Industrie und Hoch- und Tiefbau											
Kaufmännische Angestellte											
*männlich	DM	1 020	1 453	1 403	.	.	.	1 550	.	.	
*weiblich	DM	666	946	899	.	.	.	1 016	.	.	
Technische Angestellte											
*männlich	DM	1 148	1 579	1 494	.	.	.	1 699	.	.	
*weiblich	DM	687	966	918	.	.	.	1 042	.	.	
in Handel, Kredit und Versicherungen											
Kaufmännische Angestellte											
*männlich	DM	897	1 270	1 184	.	.	.	1 333	.	.	
*weiblich	DM	557	795	749	.	.	.	841	.	.	
Technische Angestellte											
männlich	DM	1 019	1 437	1 398	.	.	.	1 614	.	.	
weiblich	DM	.	(911)	
in Industrie und Handel zusammen											
Kaufmännische Angestellte											
*männlich	DM	934	1 329	1 257	.	.	.	1 404	.	.	
*weiblich	DM	588	839	795	.	.	.	893	.	.	
Technische Angestellte											
*männlich	DM	1 138	1 572	1 490	.	.	.	1 694	.	.	
*weiblich	DM	687	965	918	.	.	.	1 039	.	.	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 16) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1962

17) Effektivverdienste

e) 1. 1. - 31. 3.

f) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli - Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1969/70 (Juli - Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung ¹⁾						Im Erwerbsleben tätige Personen ²⁾				
	Einwohner (Jahresmittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1966	2 457	8,4	18,7	12,1	16	18	1 003	116	389	218	280
1967	2 487	8,1	18,2	11,9	16	11	971	119	358	213	280
1968	2 515	7,9	17,4	12,8	12	17	979	118	375	208	278
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288
1970	2 567	7,2	13,7	12,8	2	24	1 003	115	386	215	286

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen				
	Schüler am 15. 10.			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt				Netto- inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zugs- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1962 in Mill. DM	
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
	in 1 000											
1966	231 ^a	41 ^a	37 ^a	26	45	23	7
1967	221	44	43	22	46	23	9
1968	228	46	46	22	45	24	9	p 18 997	.	p 7 554	p 16 290	.
1969	236	49	49	21	45	24	10	p 20 921 _b	p 10,1 _b	p 8 221 _b	p 17 253 _b	.
1970	p 249	p 51	p 50	p 22	p 45	p 24	p 10	23 228 _b	11,0 _b	9 049 _b	17 800 _b	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁴⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ³⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe									
	in 1 000				in 1 000						
1966	1 393	511	1 689	5 261	417	2 395	2 112	4 183	1 264	459	521
1967	1 395	513	1 752	5 035	418	2 506	2 139	4 188	1 407	515	533
1968	1 410	519	1 668	4 825	417	2 641	2 183	4 256	1 608	396	535
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487
1970	1 407	496	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565

Jahr	Industrie ⁵⁾										Bau- haupt- gewerbe Beschäftigte ⁹⁾ am 30. 6. in 1 000	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁶⁾		Energieverbrauch				Produktions- index ⁸⁾ 1962=100
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 7)	Heizöl			
	in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		ins- gesamt		schwer	1 000 t		
1966	178	139	273	1 266	504	9 485	1 331	576	937	787	123	68
1967	171	132	253	1 230	524	9 850	1 289	507	952	791	127	62
1968	175	134	264	1 344	583	10 418	1 549	482	968	780	140	63
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 883	490	1 058	842	157	63
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	162	64

1) 1970: vorläufiges Ergebnis; berechnet nach dem Bevölkerungsstand vom 26. 5. 1970

2) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen

3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

4) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und seit 1968 ohne Umsatzsteuer

7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts

8) arbeitstäglich 9) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger a) am 2. 5. b) erste vorläufige Ergebnisse

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁾ in 1 000	fertigestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins-gesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerbl. Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins-gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	Auslands-gäste
	Mill. DM								in 1 000			
1966	25	26	47	320	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459
1967	25	26	39	847	1 541	445	525	1 385	2 032	240	14 917	479
1968	24	24	29	845 ^a	1 905	545	667	1 722	2 048	238	15 602	473
1969	28	23	24	868 ^a	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466
1970	27	21	19	889 ^a	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe				Kriegs-opfer-fürsorge
	ins-gesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins-gesamt		laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Em-pfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM		
	in 1 000				Mill. DM				in 1 000				
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	35,6	14,1	
1967	569	12	451	37	14 297	742	19 243	4 158	112,6	40,3	37,5	13,5	
1968	596	10	478	38	14 877	769	20 246	4 744	117,8	39,7	34,0	12,7	
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	31,7	11,6	
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	...	13,1	

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-brauch-steuern	Gewerbe-steuern	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins-gesamt	Lohn-steuer	veranlagte Ein-kommen-steuer				ins-gesamt	Kredit-markt-mittel
	Mill. DM											
1966	1 911	982	441	680	1 245	598	517	646	314	1 950	1 323	971
1967	1 962	1 059	452	686	1 292	616	552	706	321	2 136	1 429	1 074
1968	1 964	1 161	479	586	1 442	701	571	749	340	2 361	1 461	1 089
1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 580	1 100
1970	2 425	1 685	590	867	1 805	1 152	481	850	342	2 641	1 734	1 209

Jahr	Preisindices				Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise		für Wohn-gebäude 1962=100	für die Lebenshaltung 1962=100	Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel			öffentlicher Dienst		
	indus-trieller Produkte 7)	landwirt-schaftlicher Produkte 7)			ins-gesamt	Nah-rungs-und Genuß-mittel	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾	
	1962=100	1961/63 =100	Männer	Frauen			kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Männer	Frauen	Männer	Be-amte A 9 (Inspek-tor)
DM												
1966	105,8	109,3	118,5	112,8	112,0	221	135	1 010	636	1 208	1 298	922
1967	104,9	99,8	115,9	114,4	112,0	223	135	1 048	658	1 248	1 298	922
1968	99,3	102,6	120,8	116,1	111,1	235	143	1 110	705	1 284	1 348	953
1969	101,5	106,2	127,2	119,3	114,2	259	157	r 1 208	r 758	r 1 398	1 449	1 021
1970	107,5	...	147,4	123,7	117,4	297	178	1 329	839	1 572	1 589	1 133

1) nur Errichtung neuer Gebäude

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

4) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

7) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

9) einschließlich Hoch- und Tiefbau

a) auf der Grundlage der Wohnungszählung 1968 fortgeschrieben

2) Fremdenverkehrsahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)

4) ohne Postspareinlagen

5) ohne Kassenkredite

8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

10) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 26. April 1970 ¹⁾		Industrie ²⁾			
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vormonat in %	Betriebe am 28.2. 1971	Beschäftigte am 28. Februar 1971		Umsatz ³⁾ im Februar 1971 in Mill. DM
				Anzahl	je 1 000 Einwohner	
FLensburg	96 754	- 0,0	70	8 429	87	42
KIEL	276 038	- 0,0	144	32 311	117	127
LÜBECK	242 636	- 0,0	144	32 683	135	147
NEUMÜNSTER	84 656	+ 0,1	65	10 976	129	41
Dithmarschen	135 448	- 0,1	59	6 044	45	81
Flensburg-Land	74 871	+ 0,1	33	942	12	6
Hzgt. Lauenburg	144 588	+ 0,0	96	9 214	63	42
Nordfriesland	164 657	+ 0,4	47	2 791	17	25
Ostholstein	187 798	+ 0,4	73	5 756	30	30
Pinneberg	248 355	+ 0,3	225	24 805	99	153
Plön	108 774	- 0,0	52	2 855	26	22
Rendsburg-Eckernförde	228 488	+ 0,1	123	11 806	51	45
Schleswig	101 469	+ 0,1	36	3 395	33	40
Segeberg	169 837	+ 0,4	170	13 445	77	88
Steinburg	135 931	- 0,1	88	11 000	80	64
Stormarn	163 727	+ 0,1	122	14 487	87	123
Schleswig-Holstein	2 564 027	+ 0,1	1 537	190 939	74	1 077

KREISFREIE STADT Kreis	Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im März 1971 (vorläufige Zahlen)			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1971		
	Unfälle	Getötete ⁴⁾	Verletzte	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	44	-	60	23 409	21 146	...
KIEL	94	3	118	68 020	61 394	...
LÜBECK	99	2	122	56 945	50 603	...
NEUMÜNSTER	32	-	45	21 833	19 327	...
Dithmarschen	57	4	76	40 739	30 926	...
Flensburg-Land	33	3	54	25 618	19 351	...
Hzgt. Lauenburg	68	4	87	41 044	33 588	...
Nordfriesland	77	6	112	49 923	38 551	...
Ostholstein	75	2	102	50 983	41 055	...
Pinneberg	121	2	155	67 675	58 397	...
Plön	58	2	80	34 447	27 324	...
Rendsburg-Eckernförde	115	6	170	66 249	42 177	...
Schleswig	46	6	62	30 870	23 625	...
Segeberg	87	5	110	56 779	46 243	...
Steinburg	59	1	85	38 496	30 362	...
Stormarn	86	5	113	47 834	40 745	...
Schleswig-Holstein	1 151	51	1 551	720 864	594 814	...

1) Neuere Kreiszahlen können z. Z. nicht veröffentlicht werden, da die Ergebnisse der Volkszählung 1970 noch nicht vorliegen

2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

4) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 26. Mai 1970			Offene Stellen am 28.2. 1971 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31.1. 1971 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Februar 1971			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien und Händler geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3.12.1970	Rindvieh am 3. Dez. 1970	
		VZ 1961	30.6. 1969							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 567	+ 11	+ 0,2	23	26	168	90,8	12,2	1 774	1 407	496
Hamburg	1 812	- 1	- 0,1	26	56	2	90,2	12,0	18	18	5
Niedersachsen	7 125	+ 7	+ 0,2	67	118	341	88,9	12,0	6 049	2 778	1 025
Bremen	757	+ 7	+ 0,3	11	14	2	78,8	12,3	10	18	5
Nordrhein-Westfalen	17 207	+ 8	+ 0,2	194	568	231	89,4	11,3	4 281	1 901	735
Hessen	5 461	+ 13	+ 0,4	68	228	104	82,2	10,6	1 526	924	354
Rheinland-Pfalz	3 684	+ 8	+ 0,2	28	61	75	78,8	10,0	827	726	268
Baden-Württemberg	8 996	+ 16	+ 0,4	115	488	186	75,0	8,9	2 233	1 855	747
Bayern	10 644	+ 12	+ 0,4	108	313	493	80,5	9,1	4 161	4 323	1 929
Saarland	1 127	+ 5	-	6	23	8	80,3	10,0	82	74	29
Berlin (West)	2 130	- 3	- 0,0	23	67	0	21,9	14,5	8	2	1
Bundesgebiet	61 508	+ 9	+ 0,3	669	1 964	1 610	84,1	10,3	20 969	14 026	5 593

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Dezember 1970			
	Beschäftigte am 30. Nov. 1970		Umsatz ²⁾ im November 1970		Produktions- index ³⁾ 1962=100 im Nov. 1970	Beschäftigte am 31. Dez. 1970		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner
	Schleswig-Holstein	194	75	1 116	12	172	62	24	1 095	4,3	12 074
Hamburg	210	116	1 684	18	132	47	26	1 182	6,5	6 891	37,9
Niedersachsen	809	114	4 529	22	158	177	25	3 201	4,5	23 834	33,6
Bremen	103	136	741	13	203	22	29	135	1,8	672	8,9
Nordrhein-Westfalen	2 717	158	15 346	19	152	369	23	13 422	7,8	51 509	30,1
Hessen	763	140	3 862	21	180	138	25	3 696	6,8	22 939	42,3
Rheinland-Pfalz	412	112	2 507	21	227	89	24	1 014	2,8	10 663	29,0
Baden-Württemberg	1 623	180	8 036	19	184	227	25	9 105	10,2	23 311	26,2
Bayern	1 415	133	6 939	17	174	295	28	8 886	8,4	33 930	32,1
Saarland	173	154	734	32	151	22	20	337	3,0	2 297	20,4
Berlin (West)	263	124	1 315	10	156	47	22	1 085	5,1	5 665	26,5
Bundesgebiet	8 683	141	46 808	19	170	1 515	25	43 158	7,1	193 785	31,7

Land	Straßenverkehrsunfälle ⁴⁾ mit Personenschaden im Januar 1971				Bestand an Spar- einlagen ⁵⁾ am 31.12. 1970 in DM je Einwohner	Steueraufkommen im 4. Vierteljahr 1970			*Bruttoinlandsprodukt 1970					
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		Landes- 6)	Bundes- 6)	Gemeinde- 6)	Mill. DM	DM je Ein- wohner	Anteil des produzie- renden Gewerbes ⁷⁾ in %			
												steuern in DM je Einwohner		
												Schleswig-Holstein	1 102	68
Hamburg	941	38	1 266	139	4 286	303	1 882	...	35 739	19 728	36,4			
Niedersachsen	2 832	205	3 908	145	2 801	208	235	...	67 839	9 521	58,5			
Bremen	277	8	333	123	3 162	240	972	...	10 578	13 977	43,5			
Nordrhein-Westfalen	7 212	334	9 718	139	3 233	254	372	...	196 939	11 445	58,6			
Hessen	2 219	120	3 152	147	3 503	238	374	...	64 335	11 781	53,6			
Rheinland-Pfalz	1 351	70	1 897	146	2 849	205	282	...	35 631	9 673	61,9			
Baden-Württemberg	3 528	206	5 263	155	3 387	252	385	...	99 718	11 084	62,6			
Bayern	4 043	213	5 885	151	3 347	227	299	...	110 097	10 344	59,6			
Saarland	450	15	667	152	2 640	204	254	...	10 801	9 584	62,3			
Berlin (West)	1 081	51	1 366	131	2 569	194	624	...	25 515	11 979	53,1			
Bundesgebiet	25 036	1 328	34 939	145	3 182	236	396	...	680 420	11 062	57,3			

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

5) ohne Postsparanlagen

6) Gemeinschaftsteuern jeweils anteilig enthalten

7) einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei

Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr,
in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31. Dezember 1970 in qkm	Bevölkerung am 26. April 1970		
		insgesamt	männlich	Einwohner
				je qkm
FLENSBURG	50,98	96 754	45 730	1 898
KIEL	109,96	276 038	130 327	2 510
LÜBECK	214,00	242 636	112 036	1 134
NEUMÜNSTER	71,57	84 656	39 585	1 183
Dithmarschen	1 380,97	135 448	64 344	98
Flensburg-Land	1 022,55	74 871	37 768	73
Hzgt. Lauenburg	1 264,29	144 588	69 718	114
Nordfriesland	2 022,62	164 657	79 461	81
Ostholstein	1 390,02	187 798	89 740	135
Pinneberg	661,79	248 355	122 429	375
Plön	1 080,93	108 774	53 195	101
Rendsburg-Eckernförde	2 185,62	228 488	111 554	105
Schleswig	1 053,75	101 469	49 749	96
Segeberg	1 344,29	169 837	82 361	126
Steinburg	1 056,36	135 931	66 760	129
Stormarn	766,25	163 727	79 230	214
Schleswig-Holstein	15 675,94	2 564 027	1 233 987	164

KREISFREIE STADT Kreis	Gemeinden am 31. Dezember 1970	Landtagswahl ¹⁾ am 25. April 1971 und Nachwahl am 16. Mai 1971		
		von den gültigen Stimmen entfielen in % auf		
		CDU	SPD	SSW
FLENSBURG	1	39,7	40,6	16,1
KIEL	1	43,5	50,5	0,1
LÜBECK	1	47,3	46,8	-
NEUMÜNSTER	1	49,1	45,0	-
Dithmarschen	135	57,6	35,5	0,0
Flensburg-Land	77	55,0	31,9	8,3
Hzgt. Lauenburg	136 ^a	54,8	39,5	-
Nordfriesland	162	55,0	33,9	5,0
Ostholstein	43	54,4	40,4	-
Pinneberg	51	51,4	42,3	0,0
Plön	89	52,9	42,0	-
Rendsburg-Eckernförde	174	55,1	38,7	1,0
Schleswig	95	57,3	32,9	4,6
Segeberg	101 ^b	55,9	37,5	-
Steinburg	117	55,2	39,2	0,0
Stormarn	87	52,9	40,5	-
Schleswig-Holstein	1 271 ^{a b}	51,9	41,0	1,4

1) einschließlich Briefwähler

a) einschließlich gemeindefreies Gebiet Sachsenwald, Forstgutsbezirk

b) einschließlich gemeindefreies Gebiet Buchholz, Forstgutsbezirk

noch: Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Viehbestand am 3. Dezember 1970					Milcherzeugung im Jahre 1970		Jahres- milch- leistung 1970 in kg je Kuh	
	Rindvieh		Schweine		Legehennen (einschl. Küken)	Schlacht- und Masthähne und -hühner (einschl. Küken)	1 000 t		darunter an Molkereien und Händler geliefert in %
	insgesamt	darunter Milchkühe	insgesamt	darunter Zuchtsauen					
FLENSBURG	1 480	460	1 329	116	9 009	8 823	.	.	.
KIEL	3 785	1 290	3 352	169	39 620	2 950	.	.	.
LÜBECK	5 968	2 370	11 068	1 277	65 417	764	.	.	.
NEUMÜNSTER	4 157	1 762	6 587	498	17 918	510	.	.	.
Dithmarschen	162 637	42 498	149 275	18 239	347 762	284 058	171	91,5	3 948
Flensburg-Land	120 349	42 720	158 740	12 412	144 026	35 056	188	92,1	4 239
Hzgt. Lauenburg	64 248	23 927	136 211	14 676	345 619	33 754	101	95,4	4 076
Nordfriesland	219 902	69 425	160 905	18 886	182 610	2 139	292	90,0	4 144
Ostholstein	73 412	28 681	125 886	13 192	378 437	82 701	152	91,2	4 588
Pinneberg	62 919	21 002	60 643	6 088	308 383	18 871	88	95,6	4 084
Plön	74 937	30 084	98 233	11 867	333 802	121 512	156	89,6	4 542
Rendsburg-Eckernförde	201 342	75 458	236 080	24 281	459 615	112 176	329	92,0	4 252
Schleswig	114 001	42 235	170 089	14 948	144 882	9 029	177	92,4	4 126
Segeberg	115 131	45 013	194 376	18 763	517 182	215 069	201	92,2	4 356
Steinburg	129 684	43 557	158 376	14 294	283 129	104 485	184	87,8	4 205
Stormarn	53 194	22 553	102 857	12 973	237 094	37 028	100	95,8	4 277
Schleswig-Holstein	1 407 145	493 035	1 774 007	182 679	3 814 505	1 068 925	2 139	91,7	4 232

KREISFREIE STADT Kreis	Landwirtschaftliche Bodennutzung 1970 in ha								
	selbst- bewirt- schaftete Gesamt- fläche	Wald	landwirtschaftlich genutzte Fläche ¹⁾						
			zusammen	darunter					
				Ackerland	Dauer- wiesen	Dauer- mähweiden	Dauer- weiden	Obstanlagen	Baum- schulen
FLENSBURG	5 866	944	1 490	583	58	16	556	-	7
KIEL	11 019	153	4 051	1 908	277	157	775	9	7
LÜBECK	22 217	2 310	8 324	6 015	756	235	1 183	24	22
NEUMÜNSTER	6 851	505	3 778	1 674	431	197	740	11	15
Dithmarschen	139 447	3 783	113 433	48 764	15 765	3 563	39 647	29	31
Flensburg-Land	103 038	5 351	81 775	62 072	6 002	2 344	9 854	21	25
Hzgt. Lauenburg	125 342	29 180	76 741	54 446	7 008	2 667	9 812	163	24
Nordfriesland	202 874	6 113	163 588	62 192	20 366	18 625	56 336	11	31
Ostholstein	139 278	11 297	105 300	78 074	8 898	2 369	12 931	176	19
Pinneberg	66 692	3 282	45 298	15 146	7 106	2 340	13 988	949	3 162
Plön	110 216	11 868	75 428	52 129	5 242	1 959	14 021	165	14
Rendsburg-Eckernförde	215 738	20 159	161 498	92 141	21 655	5 003	38 792	88	140
Schleswig	106 315	4 703	83 355	51 218	12 172	3 496	15 030	24	12
Segeberg	134 413	18 208	95 649	53 479	12 779	3 555	23 012	120	103
Steinburg	104 983	8 002	78 084	28 252	13 757	3 607	30 156	459	172
Stormarn	76 136	7 792	55 212	36 267	4 865	2 429	9 661	237	23
Schleswig-Holstein	1 570 425	133 650	1 153 004	644 360	137 137	52 562	276 494	2 486	3 807

¹⁾ Der Begriff "Landwirtschaftliche Nutzfläche" (LN) wurde abgelöst. An seine Stelle tritt die Bezeichnung "Landwirtschaftlich genutzte Fläche" (LF), in der "nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen" sowie die "privaten Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten" nicht mehr enthalten sind. Diese Positionen werden gesondert aufgeführt und erscheinen in anderen Rubriken

noch: Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Betriebsgrößenstruktur 1970							
	landwirtschaftliche Betriebe ¹⁾ mit ... bis unter ... ha landwirtschaftlich genutzter Fläche ²⁾							
	2 - 5	5 - 10	10 - 15	15 - 20	20 - 30	30 - 50	50 und mehr	zusammen
FLensburg	20	4	4	4	10	5	4	51
KIEL	28	22	10	8	13	25	17	123
LÜBECK	64	37	18	10	30	25	47	231
NEUMÜNSTER	17	15	8	11	22	27	17	117
Dithmarschen	526	444	385	496	980	981	424	4 236
Flensburg-Land	309	276	301	335	792	760	268	3 041
Hzgt. Lauenburg	257	175	165	238	432	643	321	2 231
Nordfriesland	875	766	601	727	1 472	1 459	471	6 371
Ostholstein	363	192	155	204	420	575	648	2 557
Pinneberg	470	317	256	252	457	355	80	2 187
Plön	314	158	152	264	584	476	268	2 216
Rendsburg-Eckernförde	525	449	458	612	1 264	1 202	661	5 171
Schleswig	382	375	309	389	695	735	283	3 168
Segeberg	359	282	282	365	772	762	387	3 209
Steinburg	326	266	279	356	760	772	216	2 975
Stormarn	217	157	120	177	406	408	234	1 719
Schleswig-Holstein	5 052	3 935	3 503	4 448	9 109	9 210	4 346	39 603

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie 1970							Wohnungsbestand am 31. 12. 1970	
	Betriebe ³⁾	Beschäftigte	geleistete Arbeiter- stunden in 1 000	Löhne und Gehälter (brutto)		Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Wohn- gebäude	Wohnungen
				insgesamt	darunter Löhne	insgesamt	darunter Auslands- umsatz		
	Jahresdurchschnitt			1 000 DM					
FLensburg	70	8 654	...	109 742	82 855	556 139	117 500	10 169	36 460
KIEL	160	31 982	...	444 414	303 307	1 296 635	343 392	25 432	102 781
LÜBECK	146	32 680	...	459 989	330 658	1 752 063	331 281	32 674	93 776
NEUMÜNSTER	64	11 205	...	143 719	106 613	435 172	59 275	12 899	31 565
Dithmarschen	65	6 288	...	85 395	64 098	892 079	97 500	32 520	46 119
Flensburg-Land	34	946	...	12 331	8 755	81 238	13 727	15 634	22 977
Hzgt. Lauenburg	95	9 175	...	127 973	95 542	501 381	48 394	28 047	50 698
Nordfriesland	48	2 955	...	38 639	29 875	357 186	27 121	37 259	56 159
Ostholstein	76	5 845	...	68 553	46 767	395 536	42 255	34 916	64 408
Pinneberg	226	25 135	...	371 533	235 739	1 845 730	237 992	40 367	83 657
Plön	46	2 900	...	35 676	23 910	203 772	3 461	21 606	36 207
Rendsburg-Eckernförde	123	11 561	...	156 178	119 088	621 833	97 243	44 328	75 581
Schleswig	38	3 414	...	44 109	34 602	516 893	5 737	19 778	32 571
Segeberg	169	13 115	...	194 821	131 706	991 915	90 788	31 558	54 943
Steinburg	97	11 310	...	163 014	115 306	767 126	64 845	26 574	46 777
Stormarn	103	14 167	...	229 383	158 042	1 625 209	144 815	30 075	54 510
Schleswig-Holstein	1 560	191 332	...	2 685 457	1 886 847	12 839 903	1 725 326	443 836	889 189

1) Betriebe, bei denen das Schwergewicht der Produktion auf landwirtschaftlichen Erzeugnissen liegt

2) Der Begriff "Landwirtschaftliche Nutzfläche" (LN) wurde abgelöst. An seine Stelle tritt die Bezeichnung "Landwirtschaftlich genutzte Fläche" (LF), in der "nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen" sowie die "privaten Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten" nicht mehr enthalten sind. Diese Positionen werden gesondert aufgeführt und erscheinen in anderen Rubriken

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

noch: Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr,
in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fertiggestellte Wohngebäude 1970			Fertiggestellte Wohnungen ²⁾ 1970					
	ins- gesamt	Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen		ins- gesamt	und zwar		von den Wohnungen insgesamt hatten ... Wohnräume 4)		
		zusammen	öffentlich gefördert 1)		in neu- erbauten Wohn- gebäuden mit 1 und 2 Wohnungen	öffentlich gefördert 3)	1 und 2	3 und 4	5 und mehr
FLensburg	135	99	2	628	119	55	142	343	143
KIEL	320	254	25	1 181	281	569	242	603	336
LÜBECK	316	235	30	1 227	266	429	206	660	361
NEUMÜNSTER	269	215	67	707	225	231	71	385	251
Dithmarschen	490	477	135	734	510	248	69	310	355
Flensburg-Land	387	361	72	658	397	130	27	249	382
Hzgt. Lauenburg	603	549	109	1 225	634	223	78	505	642
Nordfriesland	782	695	110	1 670	761	177	345	607	718
Ostholstein	746	633	169	2 847	744	259	1 343	883	621
Pinneberg	1 022	857	45	2 845	934	244	637	1 203	1 005
Plön	529	483	55	1 193	522	320	146	492	555
Rendsburg-Eckernförde	866	802	91	1 445	880	293	81	550	814
Schleswig	289	274	76	570	294	186	38	281	251
Segeberg	928	840	96	2 207	904	255	239	1 130	838
Steinburg	444	412	96	856	464	301	57	377	422
Stormarn	840	762	42	2 046	868	207	150	981	915
Schleswig-Holstein	8 966	7 948	1 220	22 039	8 803	4 127	3 871	9 559	8 609

KREISFREIE STADT Kreis	Fertig- gestellte Wohnräume 1970 insgesamt 2)4)	Bauüberhang am 31. 12. 1970		Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1970			
		Wohnungen		insgesamt	darunter		
		unter Dach und noch nicht unter Dach	noch nicht begonnen		Personen- kraftwagen 5)	Lastkraft- wagen	Zug- maschinen 6)
FLensburg	2 277	1 102	49	22 843	20 585	1 644	127
KIEL	4 716	2 724	341	64 423	57 994	4 347	342
LÜBECK	4 854	1 570	423	56 365	49 658	4 340	785
NEUMÜNSTER	2 958	976	182	19 213	16 983	1 508	264
Dithmarschen	3 494	1 020	121	39 242	29 598	2 209	6 698
Flensburg-Land	3 308	770	282	24 560	18 533	1 020	4 469
Hzgt. Lauenburg	5 857	2 032	391	40 923	33 171	2 128	4 567
Nordfriesland	7 141	2 452	355	48 205	36 915	2 772	7 511
Ostholstein	9 030	3 510	481	49 354	39 453	2 809	5 764
Pinneberg	11 606	4 050	873	65 540	56 315	4 335	3 827
Plön	5 525	1 259	528	34 199	27 035	1 651	4 815
Rendsburg-Eckernförde	7 067	2 675	682	67 557	52 829	3 596	9 734
Schleswig	2 612	793	189	30 042	22 913	1 461	5 055
Segeberg	9 610	4 026	902	55 014	44 533	3 431	6 069
Steinburg	3 970	955	333	29 574	22 912	1 678	4 225
Stormarn	9 362	2 264	599	50 840	43 429	2 920	3 564
Schleswig-Holstein	93 387	32 178	6 731	697 894	572 856	41 849	67 816

1) voll- und teilgefördert

2) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

3) alle geförderten Wohnungen in voll- und teilgeförderten Bauvorhaben (einschließlich in Nichtwohngebäuden)

4) mit 6 oder mehr qm, einschließlich Küchen

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) zulassungspflichtige

Schluß: Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis		Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände									
		Steuereinnahmen 1970 ¹⁾							Realsteuer- aufbringungskraft 1970 ⁴⁾		
		Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden					Gemeinde- anteil an der Einkommen- steuer	insgesamt	aus Gewerbe- steuer 5)
				Steuern insgesamt		Gewerbe- steuern 2)3)	Grund- steuer A	Grund- steuer B			
1 000 DM	DM je Einw.	1 000 DM	DM je Einw.	1 000 DM			DM je Einwohner				
FLensburg	25 173	261	.	.	12 030	26	3 363	7 877	209	177	
KIEL	89 745	326	.	.	45 925	69	13 045	25 707	201	154	
LÜBECK	84 968	350	.	.	46 493	283	12 956	19 391	225	170	
NEUMÜNSTER	23 580	278	.	.	11 479	547	3 512	6 593	168	125	
Dithmarschen	24 694	182	23 210	171	7 675	3 101	4 001	7 996	129	77	
Flensburg-Land	10 049	134	9 517	127	2 911	1 793	1 155	3 490	91	54	
Hzgt. Lauenburg	27 696	191	25 996	179	9 241	1 912	4 132	10 369	127	86	
Nordfriesland	30 039	181	27 444	165	10 165	3 552	4 479	8 626	133	85	
Ostholstein	35 929	190	32 723	173	11 650	3 166	5 092	11 772	131	87	
Pinneberg	61 024	246	58 649	237	25 026	1 627	8 872	18 611	180	135	
Plön	18 515	170	17 059	156	4 916	2 266	2 389	7 037	101	60	
Rendsburg-Eckernförde	41 510	181	39 110	171	14 274	3 689	5 937	14 630	127	86	
Schleswig	17 543	173	16 825	166	6 018	1 674	2 721	6 077	122	79	
Segeberg	35 055	205	32 448	190	16 254	1 952	3 863	9 958	162	127	
Steinburg	27 880	205	26 858	197	11 990	1 916	4 014	8 646	170	124	
Stormarn	36 318	221	34 032	207	16 065	1 356	4 579	11 798	175	138	
Schleswig-Holstein	589 718	230	.	.	252 112	28 929	84 110	178 575	160	116	

KREISFREIE STADT Kreis		Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände				Personalstand am 2. 10. 1970 (vollbeschäftigtes Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände; ohne Wirtschaftsunternehmen, ohne Sparkassen)			
		Schuldenstand ⁶⁾ am 31. 12. 1970 (ohne Wirtschaftsunternehmen)				Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden ⁷⁾	
		Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden ⁷⁾					
		1 000 DM	DM je Einwohner	1 000 DM	DM je Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
FLensburg	36 616	379	36 616	379	1 681	174	1 681	174	
KIEL	229 216	832	229 216	832	3 973	144	3 973	144	
LÜBECK	155 089	639	155 089	639	4 662	192	4 662	192	
NEUMÜNSTER	50 466	595	50 466	595	1 225	145	1 225	145	
Dithmarschen	74 477	549	61 982	457	1 415	104	626	46	
Flensburg-Land	26 813	356	20 810	277	300	40	139	18	
Hzgt. Lauenburg	54 225	374	49 812	344	1 262	87	916	63	
Nordfriesland	77 668	468	59 349	358	1 161	70	669	40	
Ostholstein	84 313	445	75 277	398	1 835	97	1 066	56	
Pinneberg	90 917	367	89 853	362	2 364	95	1 752	71	
Plön	78 583	721	72 105	661	832	76	438	40	
Rendsburg-Eckernförde	88 967	389	81 818	358	1 993	87	1 335	58	
Schleswig	34 314	338	29 617	292	666	66	378	37	
Segeberg	76 822	450	68 325	400	1 203	70	709	41	
Steinburg	63 133	464	55 659	409	1 267	93	917	67	
Stormarn	84 576	515	76 694	467	1 250	76	656	40	
Schleswig-Holstein	1 306 195	508	1 212 688	472	27 089	105	21 142	82	

1) kassenmäßige Steuereinnahmen (Ergebnisse der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen)

2) einschließlich Lohnsummensteuer

4) Berechnung mit Hilfe des landesdurchschnittlichen Hebesatzes

6) seit der Währungsstellung aufgenommene Schulden ohne Kassenkredite

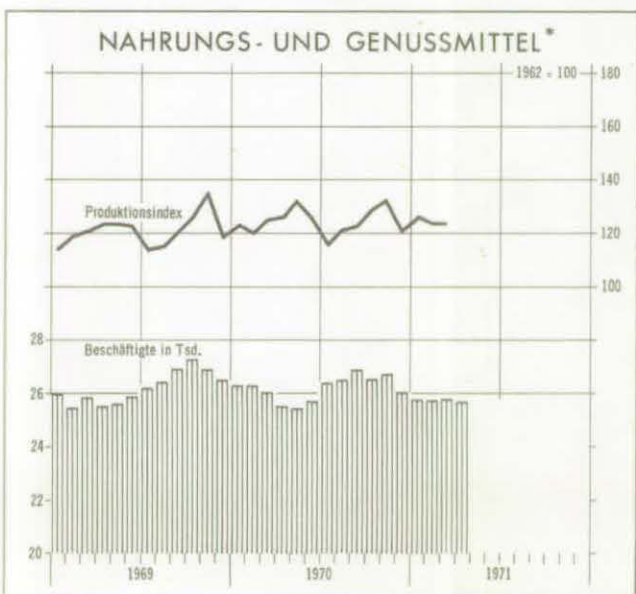
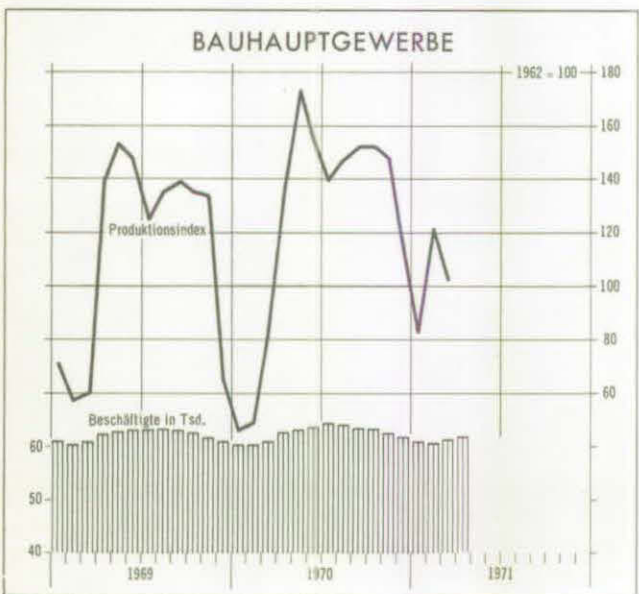
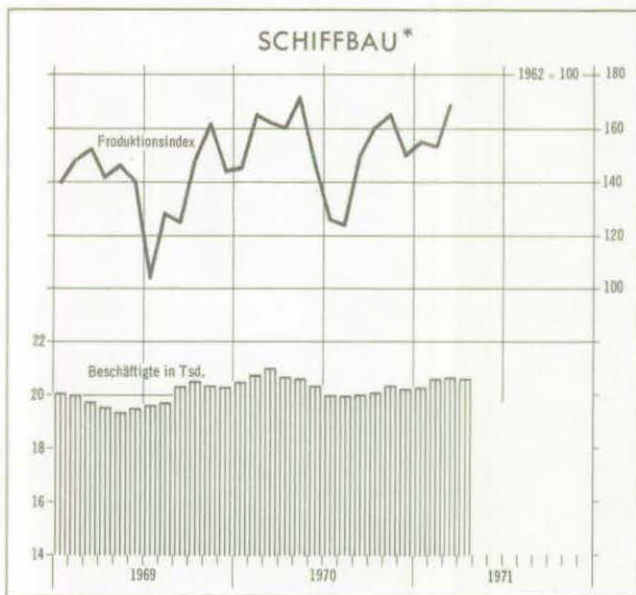
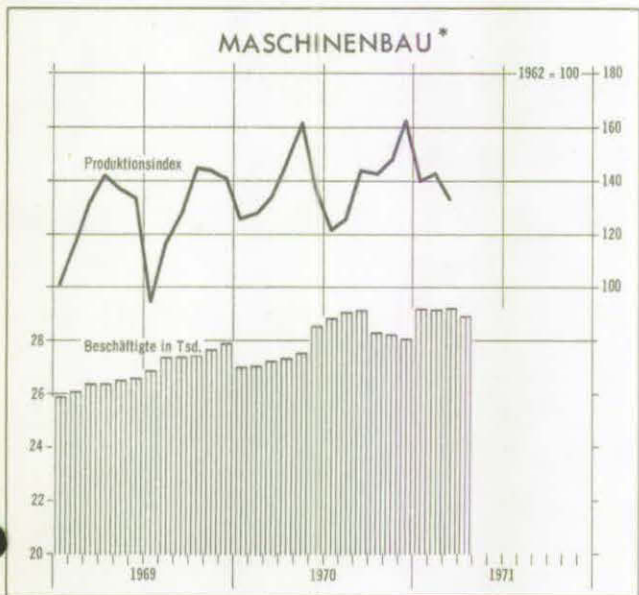
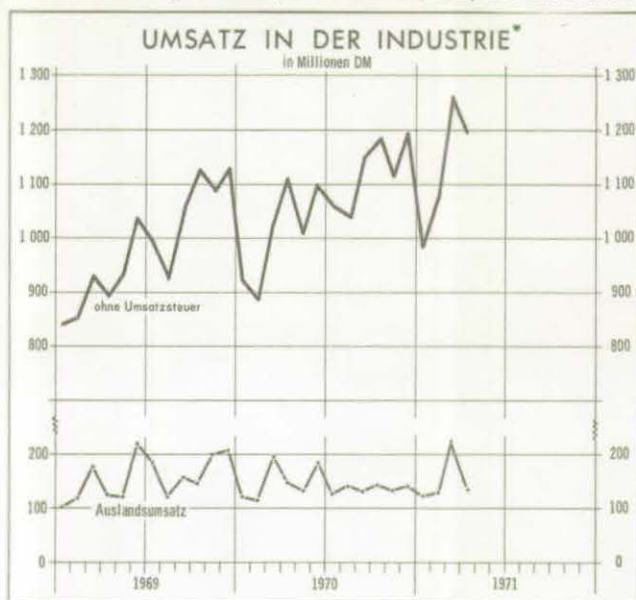
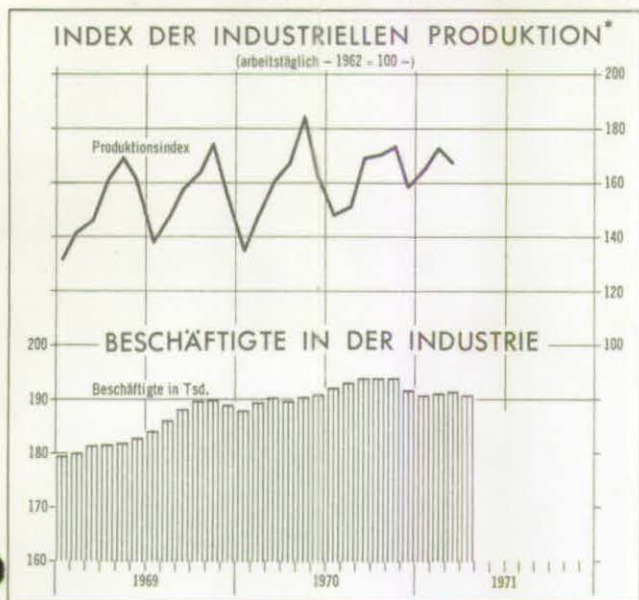
3) Gewerbesteuerumlage (90 158 576 DM) in Abzug gebracht

5) ohne Lohnsummensteuer

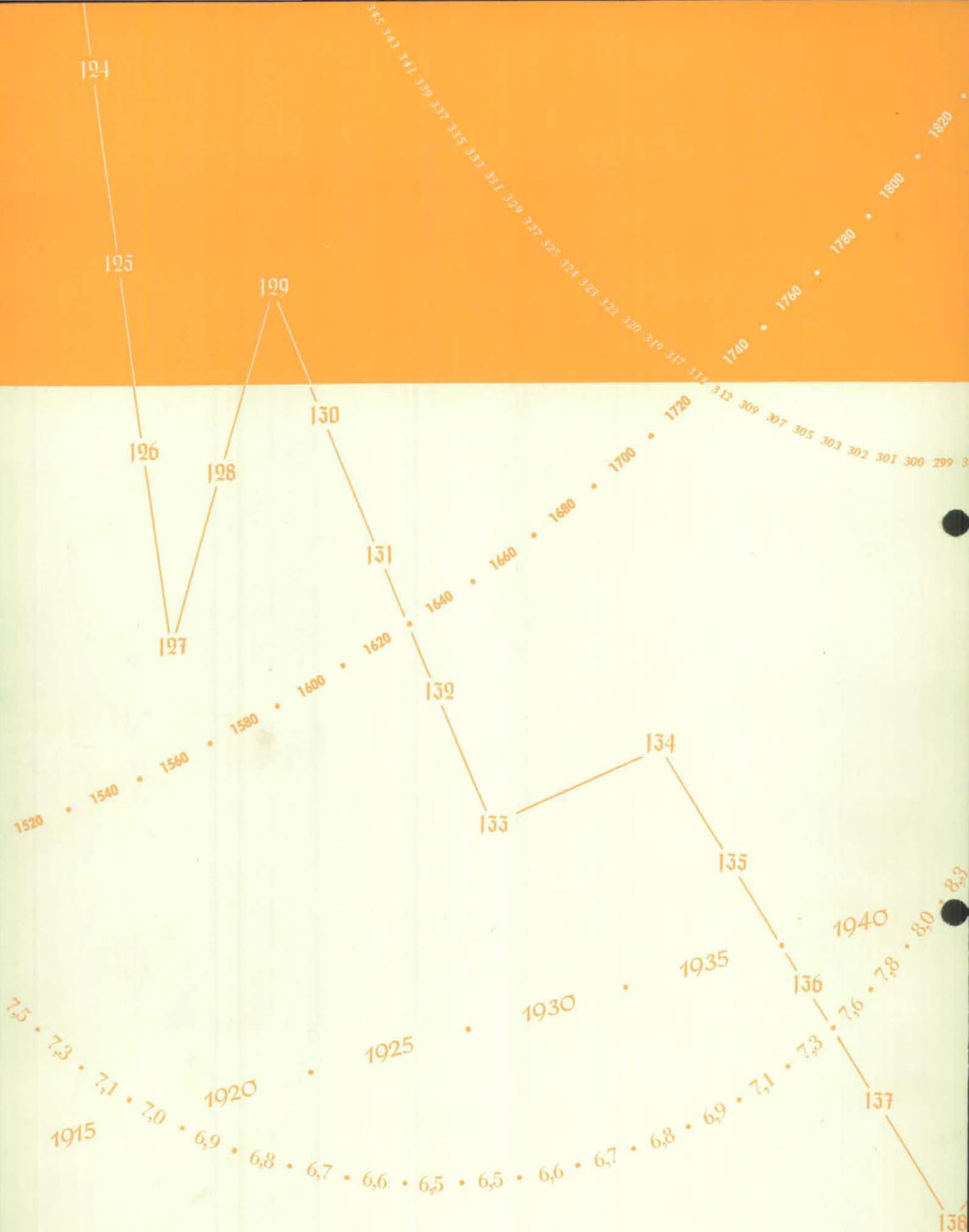
7) einschließlich Ämter

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschaftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen